

# Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Sommer 2023  
Nr. 220, 53. Jahrgang  
Nürnberg  
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

## Die Tarifrunden 2022/2023 umstrittene, kritisierte Ergebnisse, bleibende Probleme und notwendige Veränderungen



**D**ie Kritik an den Ergebnissen der Tarifrunden 2022/23, insbesondere des öffentlichen Dienstes (Bund und Kommune) kam erwartbar und postwendend von der „linken Seite“. Beispielhaft sei das Flugblatt/Infoblatt der „Münchener Gewerkschaftslinken“ zitiert, in dem schon in der Überschrift deutlich gemacht, bzw. behauptet wird: „*Es wäre mehr drin gewesen!*“ Ob Letzteres stimmt, davon später. Richtig ist: „*Das Ergebnis des Tarifikampfes im öffentlichen Dienst bedeutet Reallohnverlust!*“ Nicht nur im öffentlichen Dienst (betroffen sind 2,9 Millionen Beschäftigte) wäre zu ergänzen. Wie war nun die Forderung, wie das Ergebnis? Gefordert waren 10,5 % tabellenwirksame Entgelterhöhungen, mindestens aber 500

Euro/Monat bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Dem gegenüber steht ein „Schlichtungsvorschlag“ von einem „Inflationsausgleich“ von 4.000 Euro, davon zunächst 1.240 Euro, mit dem Juni-Entgelt ausgezahlt, dann von Juli 2023 bis Februar 2024 monatlich

220 €, die nicht tabellenwirksam sind. Ab März 2024 soll dann auf einen (tabellenwirksamen) Sockelbetrag von 200 Euro, eine Erhöhung von 5,5%, mindestens 340 Euro/Monat kom-

*Fortsetzung auf Seite 3*

### Inhalt

Tarifrunden 2022/2023	1
KPÖ erobert Landtag und hängt Grüne ab!	7
SPÖ: Doskozil oder Babler oder doch umgekehrt?	9
Die Linke kann erfolgreich sein	10
Rüstungswahn und Rüstungsplan	15
Was geht in Peru vor? Teil II	17
Zur Wahl des Verfassungsrates in Chile	22
Die Türkei nach den Wahlen	26

## In eigener Sache

Der Krieg in der Ukraine tobt nun mehr als ein Jahr mit unverminderter Heftigkeit. Zerstörung und Verwüstung schreiten fort, das Sterben auf beiden Seiten geht weiter. Es wird immer deutlicher, dass es am Ende trotz massiver Waffenlieferungen, logistischer Unterstützung und der Sanktionen durch den Westen keinen militärischen Sieg für eine Seite geben wird. Die Kriegsparteien werden zu der Überzeugung kommen, dass Waffenstillstand und Friedensverhandlungen die beste Lösung sind – wie in fast allen Kriegen.

Die Entscheidungshoheit darüber liegt – entgegen allen offiziellen Verlautbarungen – nicht in den Händen der Ukraine. Vielmehr werden die USA mit ihren westlichen NATO-Vasallen und Russland darüber entscheiden, wann solche Verhandlungen beginnen.

Hier in Deutschland bleibt es ruhig, alles geht seinen gewohnten Gang; dafür sorgen auch die Medien, die sich als Sprachrohr der Regierungspolitik gebärden.

Mit Taschenspielertricks werden die wirklichen Zahlen der Inflation schön gerechnet. Die Tarifabschlüsse der Gewerkschaften schauen auf den ersten Blick ganz gut aus, der Pferdefuß sind nicht tabellenwirksame Einmalzahlungen und die langen Laufzeiten. Einen Inflationsausgleich stellen sie bei weitem nicht dar, der Reallohnverlust der Lohnabhängigen geht wie in den letzten Jahren weiter. Wir haben uns auf unserem Frühjahrseminar in München mit den Tarifabschlüssen und dem Zustand

der Gewerkschaften befasst und berichten darüber.

Anlass zur Besorgnis gibt den Regierenden die wachsende Zustimmung zur AfD, die nun mit der SPD gleichauf liegt. Trotz erheblicher Meinungsunterschiede werden sich die Ampelparteien deswegen hüten, es zu einem Bruch der Koalition kommen zu lassen.

Die gesellschaftlichen Ungleichheiten vergrößern sich weltweit. Not und Elend sind Fluchtursachen, die die Menschen aus dem armen Süden in den reicheren Norden treiben.

Das beabsichtigte „Heizungsgesetz“ der Regierung führt zu großem Unmut und Verunsicherung; es benachteiligt die ärmeren Teile der Bevölkerung.

In diesen gesellschaftlichen und sozialen Gründen liegen die Ursachen der Zustimmung zur AfD. Sie versteht es zudem, die Ängste der Menschen vor einem Krieg aufzugreifen und für sich zu nutzen. Wir wissen aber, dass rechte „Friedenspolitik“ eine Farce ist.

Aber anstatt gegen die weltweite gesellschaftliche Spaltung vorzugehen, lässt sich die Regierung aus Angst vor dieser Stimmung treiben; sie bekämpft die Armen statt der Armut und setzt sich für die faktische Abschaffung des Asylrechts in Deutschland und der EU ein.

All das wären gute Gründe für eine linke Politik, die die Ursachen benennt und sich für deren Abschaffung einsetzt. Die Linke befasst sich allerdings in der Hauptsache mit internen Streitereien, so ist zumindest der Eindruck in der Öffentlichkeit. Ihre politischen Konzepte erreichen die Bevölkerung kaum und die Partei ist auf dem besten Weg, parlamen-

tarisch in der Bedeutungslosigkeit zu versinken. Dass es anders ginge, zeigen wir mit zwei Artikeln in dieser Nummer auf. Der eine hat den Wahlerfolg der KPÖ in Salzburg zum Thema, der andere den erfolgreichen Weg der belgischen Partei der Arbeit (PTB). Ein Genosse der AGI hat ihn in München vorgestellt und einen Artikel dazu verfasst.

Die Wahlen in der Türkei haben den demokratischen Kräften trotz großer Hoffnungen eine Niederlage beschert. Wir berichten über die Hintergründe.

Unsere Beschäftigung mit den aktuellen Vorgängen in Peru hat in dieser Ausgabe die Zeit der Regierung von Pedro Castillo im Blick. Zusätzlich hat unser Autor den Ausgang der Wahlen zum chilenischen Verfassungsrat analysiert. Er nimmt dabei auch Bezug zu Vorgängen während der Regierung von Salvador Allende. Damit wollen wir an den blutigen Militärputsch von vor 50 Jahren erinnern.

Mit einer Rezension zur Untersuchung der gegenwärtigen deutschen Militarisierung „Im Rüstungswahn“ runden wir diese Nummer der Arbeiterstimme ab.



### Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:  
M. Derventli, Bucherstr. 20  
90408 Nürnberg  
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.  
Zuschriften: Arbeiterstimme  
Postfach 910307, 90261 Nürnberg  
redaktion@arbeiterstimme.org  
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger  
Postbank München  
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08  
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,-€ aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften

sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Leser\*innenbriefe geben nicht Meinung der Redaktion wieder.

Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

men. In Geld ausgedrückt hat der Schlichtungsspruch für ausgewählte Tätigkeiten folgende Wirkung:

Geschichte des öffentlichen Dienstes handelt. Dass 1974 unter dem damaligen ÖTV-Vorsitzenden Heinz Klun-

„Nichts ist so erfolgreich wie der Erfolg!“ heißt es. Was aber, wenn es nichts Gutes oder einen Erfolg gibt? Ihn herbeireden und herbeischreiben? Mit so einem Vorgehen handelt man sich den Vorwurf der Verlogenheit und Unehrllichkeit ein. Da können die Ergebnisse noch so kompliziert abgefasst sein, wie in zahlreichen TV, rechnen können die Leute und erkennen, dass der Spruch keinen wirklichen Inflationsausgleich bedeutet, geschweige denn die (geringe) Produktivitätssteigerungsrate berücksichtigt, oder gar den jahrelangen Reallohnverlust durch eine „Umverteilungskomponente“ ausgleicht! Was in der Tariftabelle noch einen Inflationsausgleich gerade für die unteren Entgeltgruppen suggeriert, sieht anders aus, wenn eingerechnet wird, dass die tabellenwirksame Entgelterhöhung erst ab März 2024 gilt. Bis dahin gilt noch die alte Tabelle.

Das beschriebene Verhalten behindert auch die notwendige Erläuterung, warum Tarifikämpfe geführt werden (müssen), wie sie ablaufen, welche Faktoren für Erfolg und Misserfolg maßgebend sind. Der Unmut wird noch gesteigert durch Unklarheit und Widersprüche über die notwendige Urabstimmung (wer darf abstimmen, ist die benötigte Zustimmung von mehr als 70% zu einem Ergebnis noch zeitgemäß und notwendig, wie werden die Möglichkeiten oder Unmöglichkeiten eines „Erzwingungstreiks“ eingeschätzt, wie ist die öffentliche Meinung?).

Die Tarifrunden 2022/23 waren zumeist reine Entgeltrunden, gekennzeichnet durch die Versuche

**Wirkung des Tarifabschlusses Öffentlicher Dienst Bund, Gemeinden 2023**  
(ausgewählte Berufe und Stufen) *(Quelle: express 5/2023, S.4)*

Beruf/Tätigkeit	2023	ab März 2024 200 € Sockel + 5,5 %	Steigerung		IAG 1
			in €	in %	
<b>Müllwerker:in</b> , Entgeltgruppe 3, Stufe 3	2.660,65	3.017,99	357,34	13,43	3.000 €
<b>Busfahrer:in (NRW)</b> Entgeltgruppe 5, Stufe 4	3.052,29	3.431,17	378,88	12,41	3.000 €
<b>Verwaltungsangestellte</b> Entgeltgruppe 6, Stufe 5	3.250,70	3.640,49	389,79	11,99	3.000 €
<b>Pflegefachkraft</b> Entgeltgruppe P8, Stufe 4	3.448,44	3.849,10	400,66	11,62	3.000 €
<b>Erzieher:in</b> Entgeltgruppe S8a Stufe 6	3.979,52	4.409,39	429,87	10,80	3.000 €

1) IAG: Inflationsausgleichsgeld, steuer- und abgabenfrei

Quelle: Ver.di-Informationen zum Tarifabschluss; Zusammenstellung und Berechnung Reinhard Bispinck (<https://reinhard-bispinck.net/>)

Wie sich die Tarifierhöhungen im Einzelnen auswirken, ist in obenstehender Tabelle, die die Berechnungen des ehemaligen Leiters des WSI-Tarifarchivs Reinhard Bispinck enthält, am Beispiel ausgewählter Berufe näher erläutert. Zu beachten ist dabei, dass von dem Abschluss im öffentlichen Dienst eine Vielzahl unterschiedlicher Entgeltregelungen betroffen sind. So haben die Beschäftigten des Bundes andere Entgelttabellen als die der Kommunen. Außerdem wirkt sich die Einigung auf eine Reihe von mit dem TVöD verbundenen Tarifwerken aus, so für Beschäftigte im kommunalen Nahverkehr oder bei der Ver- und Entsorgung.

Die Geltungsdauer eines so gestalteten TV soll zwei Jahre betragen, vom 1. 1. 2023 bis 31.12. 2024. Führende Funktionär\*innen von ver.di empfahlen die Annahme des Schlichtungsspruches als Tarifabschluss und „verkaufen“ diesen Spruch als „vernünftigen“ Kompromiss. Und geschichtsvergessen verkündet der ver.di-Vorsitzende Frank Wernecke, dass es sich bei diesem Ergebnis um das höchste Ergebnis in der

cker, nach einem dreitägigen Streik vor allem der Müllwerker\*innen eine Lohnerhöhung von 11 Prozent durchgesetzt wurde, vergessen und verdrängt? Oder wird so etwas behauptet, weil es damals noch keine ver.di gab, in der die ÖTV aufging? Diese Schönrechnerei und Schönrederei ist wohl das, was viele Beschäftigte und nicht nur oft selbsternannte Linke auf die „Palme bringt“. „Tue Gutes und rede darüber“, und:





die Entgeltrückstände vor allem der „Corona-Zeit“ und die gestiegene und wie zu erwarten weiter steigende Inflationsrate zu kompensieren. Allerdings interpretierte Heinz Bierbaum, Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung, gerade die Tarifrunde im öffentlichen Dienst „(...) als weit mehr als eine reine Lohnrunde“ (25.4.2023). Grund ist wohl weniger die Forderung für den öffentlichen Dienst als die gelungene Einbeziehung von großen Teilen der Umwelt- und Klimabewegungen und der Beteiligung anderer Gewerkschaften, wie der EVG, an von ver.di ausgerufenen Warnstreiks. Abgestimmte Streiks mehrerer Gewerkschaften und Einbezug anderer gesellschaftlicher Gruppen, ein Fingerzeig für zukünftige Tarifrunden?! Nicht vergessen werden darf, dass es gelang, großes Verständnis und Sympathien für Forderungen und Streiks bei großen Teilen der Bevölkerung zu wecken.

### Die IGBCE legt vor

Begonnen wurde die Tarifrunde mit der für die chemische Industrie 2022 für ca. 580.000 Beschäftigte durch die IGBCE. Gefordert wurde eine tabellenwirksame Entgelterhöhung von 10,5% ab 1.6.2023, bei einer Laufzeit des TV von 12 Monaten. Eine Umsetzung der Forderung wurde nicht erreicht, aber es gab eine Neuerung bei dieser

Tarifrunde: Einen „Teilabschluss“ am 5.4.2022. Vereinbart wurde eine „Brückenzahlung“ von 1.400 Euro. Am 18.10.2022 gab es einen (Voll-)Tarifabschluss 2022: ab 1.1.2023 3,25%, weitere 3,25% ab 1.1.2024, also 6,5% Erhöhung der Entgelte in der Tabelle, aber erst ab Anfang nächsten Jahres! Um die Inflationswirkungen auf die Entgelte auszugleichen und den Anforderungen des Gesetzgebers Genüge zu tun wurde ein (nicht tabellenwirksamer) „Inflationsausgleich“ von 3.000 Euro in zwei Teilzahlungen à 1.500 € vereinbart, die erste erfolgt spätestens am 31.1.2023 und die zweite spätestens am 31.1.2024. Die lange Laufzeit des TV (20 Monate) bis 30.6.2024 setzte sich auch beim neuen Entgelt-TV der IGM fort.

### Die IGM feiert sich nach dem Tarifabschluss

Die IGM forderte eine tabellenwirksame Entgelterhöhung von 8 % bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Trotz großer Beteiligung an den von der IGM ausgerufenen Warnstreiks (nach Angaben der IGM haben fast 1 Mio. Metalller\*innen teilgenommen) wurde ein aus mehreren Komponenten bestehender TV mit einer Laufzeit von 27 Monaten (bis 30.9.2024) abgeschlossen. Vereinbart wurden 5,2 % ab Juni 2023 und weitere 3,3 % tabellenwirksame Erhöhungen ab 4/2024. Natürlich gleicht diese 8,5prozentige, tabellenwirksame Er-

höhung der Entgelte die bereits eingetretenen und erwarteten Einkommensverluste durch die Teuerungen insbesondere von Nahrungsmitteln und Energie nicht aus. Auch daher wurden steuer- und sozialabgabenfreie, nicht tabellenwirksame „Inflationsausgleichsprämien“ beschlossen. Nämlich: 1.500 Euro Inflationsausgleichsprämie bis Februar 2023 und dann weitere 1.500 Euro bis Februar 2024. Ob zutrifft was Jörg Hoffman in der IGM-Mitgliederzeitung 01/02 2023 schrieb: „Die Beschäftigten haben deutlich mehr Geld in der Tasche – und zwar dauerhaft“, ist strittig. Deutlich ist auf jeden Fall die lange Laufzeit des TV von 27 Monate, die von allen betrachteten TV längste.

### ver.di bei der Deutschen Post AG: Durch Festbetrag „profitieren“ die unteren Entgeltgruppen überproportional

Eine (zu) lange Laufzeit weist auch der neue Entgelt-TV bei der Deutschen Post AG für ca. 160.000 Beschäftigte auf. Erstmals wurde aber die Forderung der Erhöhung der Tabellenentgelte durch einen Festbetrag von jeweils 340 Euro durchgesetzt, was die unteren Entgeltgruppen, in denen sich die meisten Beschäftigten befinden, besonders „gratifiziert“. Für dieses Ergebnis brauchte es aber nicht nur Warnstreiks sondern eine durch Ur-

abstimmung abgesicherte (Erzwingungs-)Streikandrohung. Die Deutsche Post AG mit ihrem über 8 Mrd. Euro Gewinn im letzten Jahr, fand wie andere Kapitalisten die Forderung von ver.di „zu hoch“ und „aus der Zeit gefallen“. Die Forderung lautete 15 % Entgelterhöhung, mindestens 340 Euro im Monat, 12 Monate Laufzeit des neuen Entgelt-TV. Letzteres konnte nicht durchgesetzt werden, oder wurde der Durchsetzung anderer Forderungen „geopfert“, bzw. für sie eingetauscht. Das Ergebnis letztlich: Ab April 2004 gibt es für alle Entgeltgruppen einen tabellenwirksamen Festbetrag von 340 €/Monat (dies entspricht in den unteren Entgeltgruppen 1 – 3 einer Erhöhung von 16,1 % bis 11 %). Ohne nicht tabellenwirksamen Inflationsausgleich scheint es zurzeit nicht zu gehen. Auch im Entgelt-TV der Deutschen Post AG wurde vereinbart: Ab 1.4.2023 eine „Inflationsausgleichs-Sonderzahlung“ von 1.020 Euro und von Mai 2023 bis März 2024 eine monatliche „Inflationsausgleichs-Sonderzahlung“ von 180 €. Nun wissen wir, dass inflationsmindernde Sonderzahlungen sowohl das Steueraufkommen schmälern und die Sozialversicherungen, sie nicht tabellenwirksam sind, sich also z. B. nicht auf die Rentenhöhe auswirken werden. Anders gesagt: Wir zahlen diese „Sonderzahlungen“ zum Teil – Umverteilung in der Klasse? Gerade jüngere Beschäftigte denken weder an Rente noch machen sie sich bewusst wie sich Sozialversicherungen

finanzieren und wer ihre Leistungen und deren Höhe hauptsächlich bestimmt. An Lauterbachs Ministerium denken da die wenigsten. Sie sehen vor allem, dass sie momentan mehr Geld bekommen und so die Inflation (vermeintlich) kompensieren können. Das beeinflusst natürlich auch das Urabstimmungsergebnis, zeigt aber auch, wie es um die Bildung bestellt ist.

### Bei Handel-TV nicht viel zu erwarten

Fehlt von den großen Branchen noch der Handel (Groß- und Außenhandel – GAH und Einzel- und Versandhandel – EH): Während es im GAH um ca. 1,2 Mio. Beschäftigte geht, sind im EH fast 3 Mio. Beschäftigte betroffen, vor allem Frauen, viele alleinerziehend, in Teilzeit oder befristet, eben oft prekär beschäftigt. Ergebnisse gibt es noch nicht, sie werden für 2024 erwartet. In der Branche gibt es zwar große Unternehmen/Konzerne (Mit großen Gewinnen gerade in und nach der „Corona-Krise“ und großem Einfluss auf die Politik in der Branche), aber zumeist kleine Betriebe/Betriebsstätten. Hinzu kommt ein niedriger Organisationsgrad in Gewerkschaften und der Umstand, dass viele Unternehmen und Betriebe gar nicht an Tarifverträge gebunden sind. Die Organisation im „Arbeitgeberverband o.T.“ (Abk. für „ohne Tarifvertrag“) ist im EH besonders hoch. Die Durchsetzung gewerkschaftlicher

Forderungen ist an die glaubhafte Drohung der Unterbrechung und/oder Verwertung der Mehrwertproduktion gebunden. Das beschränkt in Teilen die Handlungsmacht von ver.di im Handel, speziell im EH. Hier wird die Forderung aufgestellt, die Gruppenentgelte um 2,50 Euro/Stunde anzuheben bei einer Laufzeit des Entgelt-TV von 12 Monaten und den TV allgemeinverbindlich zu machen. Die Entgeltforderung entspricht oft dem gesetzlichen Mindestlohn bzw. dem erwarteten. Letztlich ist das ein weiterer Anruf der Politik, da man sich zu schwach wähnt, oder es ist, die grundgesetzlich gesicherte Tarifautonomie wirklich auszuüben.

### Jubel ist nicht angebracht

Die Tarifverhandlungsergebnisse bringen zumeist keinen tabellenwirksamen und damit nachhaltigen Inflationsausgleich. Auch die „neuen“ Entgelt-TV sind damit ein Teil der Fortsetzung der Umverteilung von unten nach oben. Die Auseinandersetzung, die „Suche“ nach einem Kompromiss im Tarifkampf sagt indirekt aus, es könnte mit dem Lohnsystem ein nachhaltiger Frieden gemacht werden, wenn nur starke Gewerkschaften dafür sorgen.

Aber zurück zum Anfang. „Wäre mehr drin gewesen?“, fragt die „Münchener Gewerkschaftslinken“. Die Antwort ist ja, wenn bestimmte Voraussetzungen geschaffen werden können oder vorhanden sind: Große Teile der betroffenen Beschäftigten





sind bereit (auch länger) zu streiken und eventuell lange Zeit mit dem geringeren Streikentgelt auszukommen, den psychischen Druck der Arbeitgeber und der Medien auszuhalten und der nicht direkt betroffenen Bevölkerung (bspw. Kitanutzer\*innen, Patient\*innen). Und nicht zuletzt: Ist die Streikkasse der Gewerkschaft voll genug? Außerdem: Können Verbündete innerhalb und außerhalb der Gewerkschaft mobilisiert werden? Und: Kann ein „unterbrochener“ Streik wieder aufgenommen werden, und wann ist der richtige Zeitpunkt? Zwar ist unstrittig, dass wir Gewerkschaften brauchen. Aber verlieren sollten wir dauerhaft nicht! Ist die „Trinitarische Formel“ (TF) (Inflationsrate + Produktivitätssteigerung + Umverteilungskomponente) noch handlungsleitend? Die TF ist statutarisch nicht verpflichtend wird aber empfohlen und zumeist angewandt, vor allem für die Berechnung der Forderungshöhe, wohl aber nicht für den Abschluss. Dass die seit Jahren bestehende Umverteilung und die Entgeltverluste auch in den letzten Tarifrunden nicht aufgehoben werden konnten, sind aber leider nicht die einzigen Probleme.

## Alte Probleme bleiben

Seit Jahren verzeichnen die Gewerkschaften einen teils erheblichen Mitgliederschwund. Die Streiks des letzten Tarifikampfes haben den Trend zwar umgedreht, aber ist das auch nachhaltig? Unter dem Mitgliederverlust leidet auch nicht zuletzt die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften. Hinzu kommt die schwindende Tarifwirksamkeit, also die kontinuierliche Abnahme der Beschäftigten/Betriebe, die unter einen TV fallen. Gerade Branchen-TV sind auf dem Rückmarsch und die Zahl der Haus-TV wächst an. Einen Haus-TV durchzusetzen und weiterzuentwickeln erfordert aber vermehrten

„Häuserkampf“ – und widerspricht der Überwindung der Konkurrenz der abhängig Beschäftigten untereinander, und der überbetrieblichen Solidarität. Ebenso nehmen nicht

rechtssichere Betriebsvereinbarungen (BV) (siehe bspw. §§ 77 (3), 87 (1) Betriebsverfassungsgesetz) zu TV-Regelungspunkten zu. Betriebsräte (BR) sind zunehmender Behinderung ausgesetzt, die Verhinderung von BR lässt sich das Kapital viel kosten. BR werden auch zunehmend als Ersatz und nicht Anlauf- bzw. Außenstelle der Gewerkschaften angesehen. Dafür tragen auch die Gewerkschaften selbst ein gerütteltes Maß an Verantwortung. Immer mehr Dinge, die vormals durch TV geregelt wurden, werden zunehmend durch TV-offene Regelungen auf die BR übertragen, die sie durch Betriebsvereinbarungen (Öffnungsklauseln) ausfüllen sollen. Vor den negativen Auswirkungen auch auf die Tarifautonomie hat bereits 1987 das Bundesarbeitsgericht (BAG) gewarnt („Werden materielle Arbeitsbedingungen nicht durch den Tarifvertrag selbst geregelt, die Regelungsbefugnis vielmehr auf die Parteien eines Betriebs verlagert, ist dies mit erheblichen Gefahren für die Tarifautonomie verbunden.“).

Auch ist seit längerem zu verzeichnen, dass die Bereitschaft und Möglichkeiten Funktionen in Gewerkschaften zu übernehmen schwinden. Und gerade jüngere Menschen sind der Meinung Gewerkschaften seien staatliche Institutionen und nicht Selbsthilfe-Organisationen. Gewerkschaften sind nicht hauptsächlich „Entgeltmaschinen“ und auch kein ADAC zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Einer solchen Sichtweise wird Vorschub geleistet, wenn Gewerkschaftsfunktionär\*innen suggerieren, etwas für und eben nicht mit den Beschäftigten tun zu können. Das Wissen darum, dass Gewerkschaften ein Mittel zur Führung des Klassekampfes sind, ja dass es sich bei abhängig Beschäftigten (auch die meisten „Clickworker“ gehören dazu) zumindest um eine „Klasse an sich“ handelt, ist vielfach nicht mehr präsent und wird nicht (mehr,

oder unzureichend) vermittelt. Es scheint als haben Gewerkschaften endgültig ihren „Frieden“ mit dem Kapitalismus gemacht. Zu fragen ist ebenfalls, ob die TV und Organisation der Gewerkschaften heute noch zeitgemäß sind.

## Kündigungen halten eine notwendige Umorientierung nicht auf!

Einer, der scharfe Kritik an der gegenwärtigen Politik und Struktur von ver.di übt und Vorschläge für die Restrukturierung und gewerkschaftliche Arbeit insbesondere in Handel und Logistik macht, der Bundesfachgruppenleiter Einzel- und Versandhandel, Orhan Akman, der auch für den ver.di-Bundesvorstand kandidieren will, wurde gekündigt. Ein fatales Signal! Eine Gewerkschaft, die gegen Kündigungen in der Arbeitswelt kämpft, ergreift nun selbst dieses Mittel gegen einen Kritiker. Noch beschämender, wenn ein bürgerliches Arbeitsgericht ver.di darauf hinweisen muss, dass sowohl die Kündigung wie auch die nachgeschobene Versetzung nicht haltbar sind, und sie zurückgewiesen hat. In einer Zeit, in der sich Unternehmen und Konzerne über regionale und Branchen-Grenzen hinweg ausdehnen und organisieren bedarf es einer ebensolchen darauf bezogenen Tarifpolitik, die auch die abhängigen Beschäftigten über regionale und Branchen-Grenzen hinweg zu mobilisieren vermag. Gewerkschaftliche Organisationsstrukturen müssen dafür umgebaut werden, auch um mehr Teilhabe der Mitglieder zu ermöglichen. Auch dies ist ein zentraler Bestandteil einer „Organizing Kampagne“!

Gewerkschaften sollten sich nicht nur auf „Verbesserung“ der Arbeitsbedingungen konzentrieren, sondern das Wirtschaftssystem und seinen Zweck im Blick behalten und immer wieder betonen (lehrreich die Schrift: „Lohn – Preis – Profit“, die früher zur Grundausstattung in der gewerkschaftlichen Bildung gehörte). Es sollte auch Gewerkschaften klar sein: Wer die Gebrauchswerte schafft, sollte auch darüber entscheiden was, wieviel und unter welchen Bedingungen dies geschieht!

Frank Rehberg

# KPÖ erobert Landtag und hängt Grüne ab!



So titelten die bürgerlichen *Salzburger Nachrichten* ihre Lokalausgabe. 11,7% für die KPÖ Plus: ein sensationelles Ergebnis und Riesenjubiläum im Volksheim der KPÖ Salzburg, als die ersten Hochrechnungen eintrafen. Die Meinungsforscher hatten etwa 6% vorausgesagt. Dass es schließlich zu 11,7% und vier Landtagsmandaten gereicht hatte, damit hatte niemand gerechnet. Dies bedeutet gleichzeitig den Klubstatus, was erhebliche Einnahmen bringen wird. Das war das beste überregionale KPÖ-Ergebnis in der zweiten Republik. Die Ergebnisse im Detail: ÖVP 30,5% (-7,3), FPÖ 26,4% (+7,6), SPÖ 17,9% (-2,1), Grüne 7,8% (-1,5) und Neos 4,1% (-3,2). Die KPÖ hatte bei der letzten Landtagswahl nur in zwei Wahlkreisen kandidiert und 0,4% erreicht.

Wie erklärt sich nun der Erfolg der Linken bei dieser Wahl? Die KPÖ Plus erreichte bei der letzten Gemeinderatswahl in Stadt Salzburg erstmals seit langem den Wiedereinzug mit einem Mandat. Dies war schon ein großer Erfolg. Zentrales Wahlkampfthema war Wohnen. In der Landeshauptstadt sind die Wohnkosten die höchsten in ganz Österreich. Gewählt wurde der Historiker Kay Michael Dankl. Ihm gelang es mit den sozialen Themen in der Bevölkerung zu punkten. Er erreichte, obwohl nur eine Ein-Mann-Fraktion, einige Verbesserungen u.a. für junge

Familien. Es gelang der aktiven, relativ jungen Parteigruppe in den Medien präsent zu werden.

Zum Spitzenkandidaten, der bei KPÖ-Wählern das Wahlmotiv Nr. 1 war: Dankl war von 2015 bis 2017 der Chef der Jungen Grünen Österreichs und Leiter der Grünen Bildungswerkstatt in Salzburg. 2017 wurde die Jugendorganisation von der damaligen Chefin der Grünen, Glawitschnigg, aus der Partei ausgeschlossen. Ein Teil der Grünen Jugend gründete daraufhin PLUS. In Salzburg schloss diese dann eine Koalition mit der KPÖ. Dankl versteht es, die Probleme der „kleinen Leute“ treffend anzusprechen. Er verzichtet etwa auf einen Teil seines Einkommens als Gemeinderat. Er ist ein hervorragender Redner und wurde zum „Medienstar“ in Zeitungen und dem ORF.

Die KPÖ attackierte die amtierende Landesregierung unter dem ÖVP-Mann Haslauer höchst erfolgreich, etwa bei den Stromkosten der Salzburg AG. Sollte man in den Landtag kommen, wolle man eine unangenehme Opposition für die Regierung sein, sich aber keinesfalls an einer solchen beteiligen. Praktisch einziges Wahlkampfthema war Wohnen und Soziales. Bei anderen Themen hielt sich die Linke auffallend zurück.

Medienwirksam vor der Wahl verzichteten die Kandidaten sozusagen

vor versammelten Presseleuten auf einen Großteil ihres Einkommens als Abgeordnete zugunsten eines Sozialfonds für Härtefälle in der Bevölkerung. Vorbild waren dabei sicher die Grazer bzw. steirischen Kommunisten, die selbiges schon lange praktizieren. Der Spitzenkandidat Dankl nannte die Grazer Bürgermeisterin Elke Kahr von der KPÖ als sein Vorbild. (Stichwort: Caritas-Kommunisten!)

Obwohl sich die steirischen Kommunisten in der Öffentlichkeit mit ideologischen Aussagen zurückhalten, beziehen sie in ihrem Programm doch eindeutig marxistische Positionen, was Dankl ziemlich vermissen lässt. So distanzierte er sich in einem ORF-Interview von Kuba und Vietnam und lobte die westliche Demokratie. Auch sonst vermeidet er aussagekräftige linke Positionen. Ich würde ihn als Linksozialisten charakterisieren.

Allein schon die Aufbringung der zur Kandidatur nötigen Unterschriften in allen Gauen des Landes war eine Sensation. Wochenlang wohnten Aktivisten aus einigen anderen Bundesländern im KPÖ-Heim in Salzburg und unterstützten die Salzburger Genossen beim Wahlkampf. Ohne sie und die Mithilfe einer sehr aktiven Jungen Linken wäre dieses Ergebnis nicht möglich gewesen. Sogar die Grazer Bürgermeisterin ließ sich in Salzburg blicken. Sehr wichtig war dabei der aktive Kontakt zur Bevölkerung mittels Hausbesuchen etc. Der KPÖ Plus-Wahlerfolg hat sicher einen noch größeren Zugewinn der FPÖ verhindert, da diese zuverlässig Proteststimmen aufsaugt.

Das Wahlergebnis hat positive Auswirkungen auf die Gesamtpartei, die sich seit längerem in einem langsamen Aufwärtstrend befindet. Die Medienpräsenz nimmt zu. Letzte Umfragen geben der Partei die Chance, erstmals seit 1949 im kommenden Jahr in den Nationalrat gewählt zu werden. Die Linke gewinnt neue Mitglieder, Interessenten und Aktivisten.

Die SPÖ, für die die brennende soziale Frage eine Steilvorlage hätte sein müssen, zerfleischt sich derzeit selbst

in einer unschönen Führungsdebatte, die der burgenländische Landeshauptmann Doskozil mit Querschüssen gegen die amtierende Vorsitzende Rendi-Wagner angestoßen hatte. Eine Urabstimmung zwischen ihm (rechter Flügel), Rendi-Wagner und Babel (eher links) endete mit einem knappen Sieg des Burgenländers.

Die Grünen werden, kurz gesagt, eine „alte Partei“. Nichts Neues, nur Klima und sonst schluckt man die unliebsamen Kröten und Übel der Koalition im Bund und in Salzburg mit der ÖVP, wie etwa das Scheitern bei der Mietpreisbremse. Der Machterhalt wird zum bestimmenden Thema.

Die FPÖ erlebt wieder einen Aufwärtstrend. Ihr gelingt es, wie oft in Krisenzeiten, die Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der herrschenden Politik für sich zu gewinnen. (Thema: Windkraft, 380KV-Leitung usw.) Die extrem rechte bis rechtsradikale Ausrichtung sitzt tief in der gesamten Partei. Mal in sanften, umgänglichen Tönen (Oberösterreich, Salzburg), mal in konfrontativer Weise (Niederösterreich und der Parteivorsitzende Kickl). Und dies, obwohl in der Partei selbst ein Skandal dem anderen folgt.

Fazit zur Wahl: die Unzufriedenheit breiter Bevölkerungskreise mit Themen wie Wohnen, Teuerung und Energiekosten waren größtenteils wahlbestimmend. Linkssozialistische Politik mit einem bekannten und vertrauenswürdigen Spitzenkandidaten hat einen Erfolg gebracht. Selbst in Bezirksgauen wie Lungau überschritt man die 5%-Hürde. In der Landeshauptstadt gab es sogar über 20% für die KPÖ (Zweiter hinter der ÖVP). Mit Spannung wird die nächste Gemeinderatswahl in der Stadt Salzburg erwartet.

Nachdem die SPÖ ein Alibiangebot der ÖVP zur Bildung einer Dreierkoalition mit der FPÖ abgelehnt hat, deutet alles auf eine Koalition ÖVP/FPÖ hin. Obwohl inhaltlich die Schnittpunkte mit der FPÖ groß sind, ist der Landeshauptmann Haslauer kein Freund der FP. Er musste dem Druck der vielen im Land regierenden ÖVP-Bürgermeister nachgeben. Diese fürchten um ihre Machtposition bei den im nächsten Jahr stattfindenden Gemeinderatswahlen. Sie wollen die FP in der Regierungsverantwortung sehen, um ihnen sozusagen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Damit würde die FPÖ im dritten Bundesland (Oberösterreich, Niederösterreich, Salzburg) in der Landesregierung sitzen. Besonders der kurz zuvor abgeschlossene Pakt der ÖVP mit der FP in Niederösterreich erregte durch seine extrem rechte Ausrichtung große Empörung. Die Grünen sprachen von einem Pakt mit den Kellernazis. Die jüdische Glaubensgemeinschaft protestierte heftig. In Salzburg wird sicher der Umwelt- und Naturschutz leiden. Die FPÖ beabsichtigt, die Umweltlandes-anwaltschaft abzuschaffen.

Besonders erfreulich war die Beteiligung am diesjährigen 1. Mai in Salzburg: mit über 700 Teilnehmern und 20 Initiativen und Organisationen war er der größte linke Mai seit langem.

Aus KPÖ-Sicht war das Ergebnis ein Wahlerfolg, den man laut Dank nicht zu hoch bewerten sollte: ob er zum Erfolg wird, wird die nächste Landesregierungsperiode zeigen. Dort wird man am Ende Bilanz ziehen und sehen, ob man zusammen mit der Bevölkerung Verbesserungen erreicht hat.

## Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-  
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

### Nr. 219 Frühjahr 2023, 36 S.

- „Zeitenwende“ auch für die Wirtschaft?
- Die Seuche, der Krieg und die Reichen
- Was geht in Peru vor? Teil I
- Holodomor-Debatte
- Neues aus dem Vereinigten Königreich
- Das neue Bürger-Hartz – Viel Lärm um nichts
- Notizen eines kubanischen Sommers
- Rezension: „Gekränkte Freiheit“

### Nr. 218 Winter 2022, 32 S.

- Die Rückkehr der Inflation
- Tariffbewegung 2022 der IG Metall
- Betriebsratswahlen 2022
- Der Krieg in der Ukraine und die Folgen
- Geht Lateinamerika wieder nach links?
- Die jüngsten Entwicklungen im GB
- Einige Hintergründe zur aktuellen Lage in Nordirland

### Nr. 217 Herbst 2022, 28 S.

- Ist Russland imperialistisch?
- „Der Westen“ und China – Teil 2
- Rüstung und Soziale Frage
- Unsere europäischen Werte: 1,21 Euro Mindestlohn in der Ukraine
- Kolonialismus 2.0
- Zum Scheitern des Verfassungsprozesses in Chile

### Nr. 216 Sommer 2022, 32 S.

- Russland und seine Stellung in der Welt
- Deutsche Medien und deutsche Parteien in Kriegszeiten
- Ökonomische Folgen des Krieges
- Der Zustand der Partei Die Linke
- Der Georg, sein Jesus und die Kartonagen
- Rezensionen:  
Der Aufmarsch – Vorgeschichte zum Krieg  
Sozialismus ohne Basis

Bestellungen bitte an:

**Arbeiterstimme**

Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

**Arbeiterstimme**

www.arbeiterstimme.org



# SPÖ: Doskozil oder Babler oder doch umgekehrt?

**D**iesmal hat die SPÖ Österreich wieder einmal zur Lachnummer in Europa gemacht. Das Strache-Interview, der Kurzsandal, die Bundespräsidenten-Wahlwiederholung etc. seien hier als weitere Beispiele erwähnt.

Nun kurz zur Vorgeschichte: die Vorsitzende der SPÖ war bis vor einigen Tagen Pamela Rendi-Wagner. Sie wurde 2018, als erste Frau, zur Vorsitzenden der Sozialdemokratie gewählt, als Nachfolgerin von Christian Kern nach dessen überraschendem und chaotischem Rücktritt. Sie machte eine unauffällige, engagierte Politik mit Schwerpunktsetzung Soziales. Allerdings nicht unumstritten in manchen Parteikreisen, vor allem wegen fehlender Wahlerfolge und begleitet von Attacken diverser Männercliquen. Logische Folge war eine Vertrauensabstimmung unter den Mitgliedern, die sie 2020 gewann.

Parteiintern war sie immer wieder mit Querschüssen aus der burgenländischen SPÖ unter Doskozil konfrontiert. Dieser öffentlich vom Landeshauptmann des Burgenlandes ausgetragene Konflikt um die Linie der Partei trug auch wesentlich zum schlechten Abschneiden bei Wahlen bei. Doskozil griff die Vorsitzende an, ohne allerdings die Vorsitzfrage zu stellen.

Rendi-Wagner forderte ihn schließlich auf, sich zu deklarieren oder die Querschüsse zu beenden. Daraufhin erst erklärte Doskozil, der offenbar nach dem Kärntner Wahldebakel den Zeitpunkt für richtig hielt, für den Parteivorsitz zur Verfügung zu stehen. Der Parteivorstand beschloss eine Mitgliederbefragung unter den ca. 140.000 Mitgliedern vom 24. April bis zum 10. Mai 2023. Die Vorbereitung war chaotisch – ohne genaue Voraussetzungen für eventuelle Kandidaten. Schließlich meldeten sich ca. 70 Kandidaten, darunter einige Spaßvögel. Irgendwie blieben schließlich drei Kandidaten übrig: Rendi-Wagner, Doskozil und der Bürgermeister von Traiskirchen in Niederösterreich, Andreas Babler. Die Kampagne zum Mitgliedervo-

tum brachte der Partei etwa 10.000 neue Mitglieder, überwiegend junge Bableranhänger. Babler war Kandidat der SP-Linken.

Das Ergebnis war äußerst knapp. Doskozil gewann die Abstimmung, Babler wurde Zweiter und Wagner Dritte (33,7%, 31,5% und 31,5%). Damit sollte man meinen, wäre die Sache erledigt. Rendi-Wagner zog sich aus der Politik zurück. Doch Babler verlangte eine zweite Mitgliederbefragung. Sein Argument: ein Kandidat sollte mit absoluter Mehrheit das Vertrauen der Mitglieder genießen. Der Vorschlag wurde vom Vorstand abgelehnt. Der Vorsitzende sollte auf dem außerordentlichen Parteitag am 3. Juni in Linz von 609 Delegierten gewählt werden. Die Wahlkommission (11 Mitglieder!) gab bekannt, dass Doskozil zum Vorsitzenden gewählt wurde (eigentlich 316 zu 279 für Babler). Das Kuriosum: es wurde nur einmal ausgezählt!

Nur durch die Nachfrage eines aufmerksamen Journalisten an die Adresse der Vorsitzenden der Wahlkommission wegen fehlender Stimmen entdeckte sie die Vertauschung der Stimmen, angeblich wegen eines Eingabefehlers in eine Exceltabelle!? Ein Schelm, wer anderes vermutet. Die Vorsitzende der Kommission war eine Doskozil-Vertraute und hatte einen Rendi-Wagner-Anhänger ersetzt. Sie trat danach zurück. Am 6. Juni wurde nun Andreas Babler zum Vorsitzenden der SPÖ gekürt, mit dem genau umgekehrten Ergebnis.

Doskozil wird dem rechten Flügel der SPÖ zugerechnet, vor allem aufgrund seiner Emigrantenpolitik. Allerdings setzte er im Burgenland sozialstaatliche Maßnahmen, die ihn von Babler kaum unterscheiden: Gratiskindergarten, hoher Mindestlohn für Landesbedienstete, soziale Wohnbaumaßnahmen etc. Auch schloss er eine Koalition mit FPÖ und ÖVP aus.

Babler gilt als Kandidat der Linken, der bis vor kurzem kaum der Öffentlichkeit bekannt war. Er ist Bürgermeister von Traiskirchen. Dort befindet sich eines der größ-

ten Flüchtlingslager in Österreich. Er verfolgt eine äußerst migrantenfreundliche Politik, die er auch zu kommunizieren weiß. Bei der letzten Stadtwahl erhielt die SPÖ 70% der Stimmen.

Schwerpunkte seines Programms sind eine Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Arbeitszeitverkürzung und der Ausbau des Sozialstaates. Er war Mitglied der Solidarwerkstatt Linz, einer EU-kritischen Friedensorganisation und der Sozialistischen Jugend. Vor seiner Wahl tätigte er eine Reihe friedenspolitischer Aussagen. Er trat gegen eine EU-Armee auf, plädierte für die Abschaffung des Bundesheeres, für Neutralität und gegen die Beteiligung Österreichs an diversen Militäroperationen. In einem kurz vor der Wahl bewusst von seinen Gegnern veröffentlichten Interview, das Jahre zurück liegt, bezeichnete er die EU als imperialistisches, gefährliches Gebilde.

Diese Aussage schwächte er im ORF ab. Auf die Frage, ob er Marxist sei, lavierte er herum, nachdem er sich vor einiger Zeit als Marxist bezeichnet hatte. Nach der Wahl lehnte er eine EU-Armee nicht mehr kategorisch ab. Auch einen Krieg der EU ohne UN-Mandat könne er sich vorstellen. Das trug ihm einen Ruffel der konservativen Heeresministerin ein (verkehrte Welt). So viel zur Prinzipientreue von Linkssozialisten. Viele seiner Anhänger dürften ob dieser Aussagen enttäuscht sein.

Babler hat versucht mit seinem neuen Team die verschiedenen Lager in die Partei zu integrieren. Ob ihm das gelingen wird, wird die Zukunft zeigen. Die Wahl eines „Marxisten“ hat bereits zu einigen prominenten Parteiaustritten geführt.

Von den beiden großen rechten Parteien ÖVP und FPÖ wird die SPÖ wahrscheinlich wenig Stimmen zugewinnen können. Kleinbürgerliches Besitzstandsdenken verträgt sich nicht mit Erbschafts- und Vermögenssteuer. Das wird sicher medial ausgeschlachtet werden. Eher wird die Partei im grünen und linken Spektrum dazugewinnen.

# Die Linke kann erfolgreich sein

## Das Beispiel der belgischen Partei der Arbeit (PTB/PvdA)

Zur Lage und den Perspektiven der Linken in Europa schrieb Heinz Bierbaum, der bis Dezember 2022 Präsident der Europäischen Linken war, einen Artikel in der Zeitschrift *Sozialismus* und kam u.a. zu folgendem Ergebnis: „Insgesamt sind die linken Parteien in Europa relativ schwach und kommen in der Regel nicht über 10 Prozent bei den Wahlen hinaus.“ Ausnahmen seien Syriza in Griechenland, AKEL in Zypern mit Ergebnissen von über 20 Prozent. Podemos in Spanien und France Insoumise hätten zu Beginn größere Wahlerfolge gehabt, inzwischen aber in der Wähler\*innengunst verloren. „Einzig die belgische Partei der Arbeit (PTB)“, so Bierbaum, „scheint auf dem Weg zu sein, aus dem Zehn-Prozent-Getto auszubrechen. Sie hat einen erstaunlichen Wandel von einer ehemals maoistischen Organisation zu einer in der Arbeiterklasse verankerten Partei der Arbeit durchgemacht und ist zum politischen Repräsentanten der sozial Benachteiligten geworden“. Wer in den letzten Jahren die Publikationen und Debatten der deutschen Linken verfolgt hat, mag sich über die Einschätzung von Heinz Bierbaum wundern. Denn die belgische Partei spielte da so gut wie keine Rolle. So meinte ein Redakteur der *junge Welt* auf Anfrage des Verfassers dieses Artikels, man habe die Partei „nicht auf dem Schirm gehabt“. Und tatsächlich wird bis dato in der linken Tageszeitung immer noch kaum berichtet. Es bleibt inzwischen vor allem den *Marxistische Blätter* vorbehalten, Autoren der PTB/PvdA zu Wort kommen zu lassen. Im Editorial der aktuellen Ausgabe heißt es: „Der Beitrag von Peter Mertens von der belgischen Partei der Arbeit (PTB/PvdA) zur ‚Polykrise und den Herausforderungen für die Linke‘, den wir in Heft 2-2023 dokumentiert haben, wurde bei unserem jüngsten ‚Treffpunkt Redaktion‘ als besonders lesenswert, Mut machend hervorgehoben... Nicht nur wegen seines

**„Freilich, nur Begeisterung kann große Werke vollbringen, Überzeugung und Vertrauen ist nötig; Klarheit über Weg und Ziel.“ (Karl Liebknecht) „Alles das fehlt auf dem Schiff Partei DIE LINKE.“**

Michael Brie: Was tun in Zeiten des Krieges

Kerngedankens, dass es Zeit für die Linke sei, ‚wieder einen Klassenstandpunkt einzunehmen‘ und ‚wieder ganz klar und voll Stolz Klassenpolitik zu machen...‘, sich auf ‚solide linke Grundsätze und Prinzipien‘ zu besinnen und eine ‚tiefergehende, systematische Analyse der jeweiligen Situation vorzunehmen, bodenständig und aus marxistischem Blickwinkel. Überspringt man diese Etappe, flattert man nur wie ein aufgeschrecktes Huhn umher: Der Klassenstandpunkt ist die Basis.‘ Besonders in der ‚lebenswichtigen Kriegsfrage‘ habe sich die belgische Partei ‚weder von rechter, noch von linksradikaler Rhetorik unter Druck setzen‘ lassen. ‚Unsere Antworten ziehen wir aus Debatten, Argumentationen und Bildung. Wir überzeugen, indem wir geduldig zuhören und einen soliden Klassenstandpunkt vertreten.‘“ Soweit aus dem Editorial der *Marxistische Blätter*.



Zu einem ähnlichen Ergebnis kam Ekkehard Lieberam in seinen „Thesen zur Situation der Linkspartei“ (jW, 28.10.2022): „Die Frage, wie denn eine Klassenpartei der Lohnarbeiter mit Masseneinfluss beschaffen sein muss, die dauerhaft der Integration durch Parlamentarismus und Parteienstaat zu widerstehen vermag, muss (...) gründlich diskutiert und zum Teil wohl auch neu beantwortet werden. Dazu gehört nicht zuletzt die Auswertung von entsprechenden Erkennt-

nissen in anderen kapitalistischen Ländern. So besagen die Erfahrungen der erfolgreichen marxistischen Partei der Arbeit Belgiens, dass der systemoppositionelle Charakter einer linken Partei marxistische Prinzipientreue und eine enge Verbindung zur Lohnarbeiterklasse ebenso verlangt wie die Wahrnehmung sozialer Aufgaben im Interesse der Prekarisierten aller subalternen Klassen (in Belgien auf dem Gebiet des Gesundheitswesens).“ Hierzulande gibt es spätestens seit der Bundestagswahl 2021, nach dem Desaster der Linkspartei, die beinahe aus dem Parlament geflogen wäre, verschärfte Auseinandersetzungen, die mit einer Spaltung enden könnten. Vermehrte Austritte sind zu beobachten, wobei diese, wenn überhaupt, sehr unterschiedlich, zum Teil gegensätzlich begründet werden. Thies Gleiss stellte unlängst fest: „Die Partei DIE LINKE ist ein Zusammenschluss von Menschen, die sehr unterschiedliche politische Positionen und Strategien miteinander zu verbinden versucht. Das hat mehrere Jahre geklappt, war anfangs sogar ein Erfolgsgarant für dieses neue Kapitel linker Parteiengeschichte in Deutschland. Heute klappt das nicht mehr und die LINKE ist handlungsunfähig und ohne jede politische Ausstrahlung.“

Dabei entwickelt sich der Ukrainekrieg zum Brandbeschleuniger. Niemand kann sagen, wohin die Reise geht. Wir sind gut beraten, über den deutschen Tellerrand hinaus-zuschauen und erfolgreichere linke Organisationsansätze in den Nachbarländern auf den Schirm zu bekommen. Dabei geht es nicht darum, einfach nur zu übernehmen. Jedes Land hat seine Besonderheiten, und die nicht genügend zur Kenntnis zu nehmen, würde sich früher oder später rächen. Wie ist das bei Belgien? Es ist im Vergleich zu den beiden Nachbarländern Frankreich und Deutschland ein kleines Land, flächenmäßig etwa die Hälfte Bayerns, allerdings deutlich dichter besiedelt und hat in etwa die Ein-

wohnerzahl Bayerns. Sowohl von der Wirtschaftsleistung wie der Sozialstruktur her weisen Bayern und Belgien Ähnlichkeiten auf. Was die Unterschiede betrifft, dazu später mehr. Die belgische Partei der Arbeit hat ihre Wurzeln in der Studentenbewegung der späten 1960er Jahre. In der anschließenden Fraktionierung dieser Bewegung entwickelte sie sich zu einer Kaderpartei mit maoistischer Tendenz. Einige Hundert (zumeist studentische) Aktivisten bildeten den Kern und versuchten, die Partei in den Betrieben und in der Gesellschaft zu verankern. Dem Vorhaben war kein Erfolg beschieden und es verharrte über längere Zeit in Stagnation. Dieses Stagnieren betraf aber nicht die gesamte Partei. Denn schon damals war die Partei der Arbeit eine wie keine andere. Eine der Säulen dieser Partei war und ist heute die Organisation Medizin für das Volk (MPLP).



Innerhalb und am Rande dieser Organisation entwickelte sich eine Diskussion, wie die Partei aus der lähmenden Stagnation herauskommen könnte. Die medizinischen Zentren, auf die noch einzugehen ist, florierten zunehmend, während die Partei selber nicht weiterkam. Beteiligte man sich an Wahlen, waren die Ergebnisse deprimierend.

### Erneuern oder Verschwinden

Im Jahr 2003 fanden in Belgien wieder einmal Parlamentswahlen statt. Für die PTB/PvdA fielen gerade mal 20 825 Stimmen ab. Ein Desaster. Ursachen gab es mehrere, wie man selbstkritisch feststellte: Man war mit Gewerkschaften und fortschrittlichen Organisationen zerstritten. Eine belehrende Haltung, Realitätsferne und

Dogmatismus bestimmten die Vorgehensweise der Partei. Die Stimmung muss nach dieser Wahl ziemlich mies gewesen sein, es gab nur zwei Möglichkeiten: Verschwinden oder sich tiefgreifend erneuern. So gut wie alle maoistischen Parteien in Westeuropa hatten sich längst aufgelöst (mit Ausnahme der SP in den Niederlanden) und waren von der Bildfläche verschwunden. In der PTB/PvdA waren etwa 800 Mitglieder zur Erneuerung bereit. Einige der hartnäckigen Verweigerer wurden ausgeschlossen. Als sog. Architekt der Erneuerung gilt Peter Mertens, ein Soziologe aus Antwerpen, heute 53 Jahre alt. Er gehört bereits zur zweiten Generation der Parteiaktivisten. Nach seinem Studium war er als Hilfsarbeiter in industriellen Reinigungsfirmen beschäftigt. Vorher war er Aktivist in der Studentenbewegung für die PTB/PvdA. Von 2008 bis 2021 war Mertens Präsident der Partei und anschließend über-

nahm er die Funktion des Generalsekretärs. Bereits ein Jahr nach Beginn der Erneuerung zeigten sich die ersten positiven Ergebnisse. Eine Kampagne im Gesundheitssektor zur Senkung der Medikamentenpreise stieß auf öffentliche Aufmerksamkeit. Als 2005 im ganzen Land gegen die Rentenpläne des sozialdemokratischen Ministers mobilisiert wurde, kam es zu einer Austrittswelle bei den Sozialdemokraten, und die PTB/PvdA konnte sich Zugang zur Gewerkschaftsbewegung verschaffen. 2008, also fünf Jahre nach dem Neuanfang, wurde auf einem Kongress eine erste Bilanz gezogen, die eingeschlagene Linie bestätigt und Peter Mertens zum Vorsitzenden gewählt. Allmählich entwickelten sich auf der Leitungsebene Experten für Themen wie Energie und Steuern. Ein wissenschaftlicher Studiendienst unter Leitung von David Pestieau, inzwischen 53 Jahre alt, lieferte hieb- und stichfestes Material für die politische Arbeit der Partei. „Heute kommuniziert die Partei scharf, präzise und auf den Punkt gebracht.“ Ein Kompliment, worauf man stolz sein darf. Man wollte

aber nicht nur über trockene Papiere an die Leute herankommen, „sondern auch das Herz ansprechen“, wie es Peter Mertens ausdrückte.

### Eine Partei mit angeschlossener Gesundheitsorganisation

Wer den Erfolg der PTB/PvdA verstehen will, kommt, wie bereits angedeutet, an der Gesundheitsorganisation Medizin für das Volk (MPLP) nicht vorbei. Sie verfügt aktuell über ein Netzwerk von 11 Gesundheitszentren, in denen 250 Leute arbeiten, davon 65 Ärztinnen und Ärzte, außerdem Pflege- und Verwaltungspersonal. Die Organisation betreut etwa 25 000 Patient\*innen. Die Gesundheitszentren haben einen über 50jährigen Kampf hinter sich. Sie schon in den Anfängen zu eliminieren, war das erklärte Ziel der ärztlichen Standesvertretungen. Klar, denn eine kostenlose Patientenversorgung gefährdet das Geschäftsmodell, das Krankheit als Profitquelle sieht. Es begann 1971, als die beiden Ärzte Kris Merckx und Michel Lyers ihre Praxen in der Arbeiterkommune Hoboken bei Antwerpen einrichteten. Hoboken hat etwa 60 000 Einwohner. Sie hatten den Anspruch, eine kostenlose Gesundheitsversorgung zu praktizieren. In Belgien mussten damals Arztbesuche und Medikamente von den Patienten bezahlt werden. Anschließend konnte ein Teil von der jeweiligen Krankenkasse eingefordert werden. Die Standesorganisation verklagte sie daraufhin wegen unlauteren Wettbewerbs. Beide Ärzte wurden suspendiert, praktizierten aber weiter. Daraufhin wurden sie wegen „illegaler Ausübung der Medizin“ verurteilt. In den folgenden Jahren wurden Beschlagnahmeaktionen mit Hilfe der Bevölkerung abgewehrt. Es kam immer wieder zu handgreiflichen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Letztendlich war man aber erfolgreich und konnte sogar Einfluss nehmen auf Veränderungen in der Gesundheitsgesetzgebung des Landes. 1978, also sieben Jahre nach den ersten Versuchen, gab es fünf medizinische Zentren. Ab 2000 verteilten sich diese Zentren über ganz Belgien mit den Schwerpunkten in Arbeiterkommunen. In den Mittelpunkt der Arbeit rückten zunehmend arbeits-

bezogene Gesundheitsfragen, z.B. stressbedingte Erkrankungen. Bereits 1985 war als weitere Organisation „Medizin für die 3. Welt“ gegründet worden. Diese schickte medizinisches Personal in verschiedene Länder, u.a. in die Palästinenserlager im Libanon, auf die Philippinen, nach El Salvador, Nicaragua, Burkina Faso und Eritrea. 2003 erschien Dr. Dirk van Duppen Buch „Der Cholesterinkrieg“ im Rahmen einer Kampagne gegen „Big Pharma“. Das Buch nahm die exorbitant hohen Arzneimittelpreise

Rolle. Im Unterschied zu den staatlichen Institutionen war man in den Zentren auf die Pandemie besser vorbereitet und konzentrierte sich auf den Schutz der Altenheime. Die Leitung der MPLP war inzwischen in die Hände dreier Frauen übergegangen.

Und auch das ist typisch: Präsidentin ist Janneke Ronse, eine Krankenschwester, damals 34 Jahre alt. Ihr zur Seite die beiden Allgemeinärztinnen Dr. Anne Delespaul (links, damals 28) und Dr. Sofie Merckx (Mitte), damals 42 (2017). Zum Umgang mit

drei Städten Antwerpen, Lüttich und Molenbeek den Durchbruch bei der Kommunalwahl zu schaffen. Tatsächlich gelang es in Lüttich mit 6,41 und in Antwerpen mit 8 Prozent. 2014 bei der Wahl zum nationalen Parlament erhielt die Liste der PTB/PvdA bereits 251 276 Stimmen. Raoul Hedebouw aus Lüttich und Marco van Hees aus Hennegau konnten ins Parlament einziehen. Sie waren seit 33 Jahren die ersten marxistischen Abgeordneten. Der Biologe Hedebouw, 45, stammt aus einer klassischen Arbeiterfamilie. Der Vater Stahlarbeiter bei Arcelor Mittal, die Mutter Arbeiterin in einem Betrieb für medizinische Geräte. Seit 2021 ist Hedebouw Präsident der PTB/PvdA. Marco van Hees, 59, ist der Steuerexperte der Partei. Er arbeitete im Finanzministerium. Jährlich ermittelt er die TOP 50 Unternehmen, die keine oder wenig Steuern zahlen.



Leitungsteam der MPLP

in Belgien ins Visier und propagierte im sog. Kiwi-Modell die Senkung der Preise. Nach diesem Modell aus Neuseeland sollten beim Einkauf von Medikamenten Qualität und Preis die entscheidenden Kriterien sein. Auch diese Kampagne war erfolgreich und führte zu einer deutlichen Senkung der Einkaufspreise. Dr. Dirk Van Duppen, der nach seinem Medizinstudium in einer Gerberei gearbeitet hatte und als Arzt in den Palästinenserlagern Sabra und Shatila tätig war, starb 2020 an Bauchspeicheldrüsenkrebs. Er bekam posthum den belgischen Menschenrechtspreis verliehen. Der Sohn Ben ist Quantenphysiker und Stadtrat der PTB/PvdA in Borgerhout, einem Stadtteil von Antwerpen mit 45 000 Einwohnern. 2008 erschien Dr. Kris Merckx' Buch „Volksarzt“. In ihm geht es um die Bedeutung der sozialen Determinanten von Gesundheit und Krankheit. In der Coronapandemie spielte die MPLP für Belgien eine bedeutende

der Pandemie schrieb Peter Mertens das Buch „Uns haben sie vergessen. Die werktätige Klasse, die Pflege und die Krise, die kommt.“ Die deutsche Ausgabe des Buches ist im Berliner „verlag am park“ 2020 erschienen. Es zu lesen, ist auch denen zu empfehlen, die sich in der ganzen Coronadebatte verunsichern ließen.

### Die weitere Entwicklung der PTB/PvdA

Die Partei kommuniziert zentrale Kampagnen zunehmend über die sozialen Medien, aber auch über Bücher. 2011 war es der Titel „Wie können sie es wagen?“, der es in die TOP 10-Sachbuchliste in Flandern schaffte und das am Zweithäufigsten verkaufte politische Buch wurde. Peter Mertens machte es in 150 Veranstaltungen im ganzen Land bekannt. Im Untertitel heißt es: Der Euro, die Krise und der große Raubzug. Ein Jahr später, 2012, plante die Partei in den

### Wachsender Erfolg

Wir schreiben das Jahr 2015, zwölf Jahre nach dem Beginn der Erneuerung von 2003. Zeit für eine weitere Zwischenbilanz. Statt 800 Mitgliedern sind es jetzt 8500. Statt 80 Gruppen sind es jetzt 280 und statt 5 lokalen Gemeinderäten sind es jetzt 8 Abgeordnete in den Parlamenten und 52 kommunale Räte. Um diese Entwicklung zu reflektieren und einzuordnen, wurde ein Kongress vorbereitet und abgehalten, der als Solidaritätskongress in die Parteigeschichte einging. Die Ergebnisse fanden ihren Niederschlag in dem Sammelband mit dem Titel „Verbreitern – Vertiefen – Verbinden“. Wer sich mit der Erfolgsgeschichte der PTB/PvdA genauer beschäftigen will, sollte sich diese 273seitige Textsammlung, die auf Deutsch auf der Homepage abrufbar ist, zu Gemüte führen. Im selben Jahr fanden in Belgien Kommunalwahlen statt. Die Partei erreichte Ergebnisse von 15 Prozent und mehr. Um es an einem Beispiel festzumachen: Nadia Moscufo, eine ehemalige ALDI-Kassierererin, die seit 2000 im Gemeinderat von Herstal/Lüttich sitzt, war nun Vorsitzende einer Fraktion von neun Abgeordneten. Warum erwähne ich Nadia Moscufo, die heute 59 Jahre alt ist? Die Partei ist seit langem bemüht, Kader aus der Arbeiterklasse zu gewinnen. Nach eigener Einschätzung bisher

mit mäßigem Erfolg. Nadia Moscufo stammt aus einer italienischen Gastarbeiterfamilie. Beide Elternteile arbeiteten in einer belgischen Waffenfabrik. Beide waren Mitglieder der Kommunistischen Partei Italiens und Gewerkschaftsaktivisten. Sie selber saß 21 Jahre bei ALDI an der Kasse. Seit 2019 ist sie Abgeordnete im Bundesparlament und beschäftigt sich mit Verteidigungspolitik. 2016 kam Belgien in die Schlagzeilen, als sich die wallonische Regierung gegen CETA, das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen der EU mit Kanada aussprach. Besonders umstritten war der Investitionsschutz, der es Unternehmen ermöglichen sollte, bei veränderter Rechtslage von Staaten Schadensersatz zu fordern. Die PTB/PvdA war hier eine treibende Kraft in Bezug auf die Ablehnung des Abkommens. Als 2019 wieder das nationale Parlament gewählt wurde, konnte die Partei die Erfolgsserie fortsetzen. Mit über 500 000 Stimmen verdoppelte sie ihre Stimmenzahl erneut. Statt zwei Abgeordneten sitzen jetzt zwölf im nationalen Parlament und fünf im Senat. Mit dem Juristen Marc Botenga verfügt die Partei über einen Vertreter im EU-Parlament. Er spricht Niederländisch, Französisch, Englisch und Italienisch. Er schloss sich der konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke an.

## Die Verankerung in der Klasse

Aber die Partei hatte nicht nur ihre Präsenz im parlamentarischen Bereich deutlich ausbauen können. Noch wichtiger ist ihr die Verankerung in der Klasse. Ein Gewerkschafter drückte es so aus: „Es ist ganz einfach: Wenn du einen Streikposten besuchst, hast du neun von zehn Chancen, auf einen PTB-Aktivisten zu treffen, deutlich weniger, einem Sozialdemokraten über den Weg zu laufen.“ Die Partei kann sich inzwischen auf 24 000 Mitglieder stützen, ein Großteil davon sind allerdings nur beratende Mitglieder. Aus diesem Pool Aktivisten zu gewinnen, fällt der Partei schwer, wie sie selbstkritisch zugibt. Also (fast) alles in trockenen Tüchern? So einfach ist es natürlich nicht. Pascal Delwit, Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität von Brüssel, beschäftig-

te sich auf wissenschaftlicher Basis mit der PTB/PvdA und kommt zu dem Ergebnis: „Dieses organisatorische Gebäude, das sich noch in der Entwicklung befindet, ist ein überraschender und einzigartiger Sieg in der Landschaft der radikalen linken Parteien. Sie wirft jedoch immer noch Fragen auf und offenbart gewisse Schwächen.“ Die erste Schwäche sei „ein gewisser Mangel an Symmetrie“. Was ist damit gemeint? Belgien ist ein gespaltenes Land, das macht auch der PTB/PvdA zu schaffen. Die Partei ist inzwischen in der französischsprachigen Wallonie gut verankert, deutlich geringer ist ihr Einfluss in Flandern. Delwit will drei Gründe erkennen: Erstens sei die Wallonie bis in die 1960er Jahre stärker industrialisiert und immer linker gewesen. Die sozialen Fragen würden in beiden Landesteilen unterschiedlich gewertet. In Flandern würden sie eher national beantwortet. Und schließlich gäbe es kein nationales belgisches Gefühl, sehr wohl aber ein nationales flämisches. Dieser Mangel an Symmetrie erschwere es der Partei, eine einheitliche Vorgehensweise zu entwickeln. Die Schwäche ist aber nicht dem Konzept der PTB/PvdA geschuldet. Die Partei ist sich dieses Sachverhalts bewusst und versucht gezielt dagegen anzugehen. Eine vergleichbare, wenn auch anders geartete Problematik existiert auch in Deutschland seit der sog. Vereinigung 1990. In Belgien driften die Regionen auseinander. Die bürgerlichen Parteien treten bereits im Doppelpack als wallonische und flämische auf, was eine Regierungsbildung noch komplizierter macht. Die Tendenz zum Auseinanderdividieren leistet dem Separatismus Vorschub. Ob es der Partei gelingen wird, gegen die separatistischen Bestrebungen in der Gesellschaft erfolgreich zu sein, wird sich zeigen. Nicht zufällig wurde der Parteikongress von 2021 als Einheitskongress bezeichnet. Von den sechs Schwerpunkten des Kongresses hieß der erste Schwerpunkt: Wir wollen Einheit! Erst dann kamen wichtige Themen wie Antifaschismus, Frieden und Klima. Der Kongress orientierte mit diesen Schwerpunktsetzungen bereits auf das Superwahljahr 2024. In Belgien finden in diesem Jahr alle Wahlen statt. Im Juni die Europawahl, die Wahlen zum belgischen

Bundesparlament und zwar für beide Häuser - Erste Kammer und Senat. Gleichzeitig werden auch die Parlamente der Bundesländer Flandern und Wallonie neugewählt sowie das Parlament der Region Brüssel-Hauptstadt. Im Oktober folgen dann die Kommunalwahlen. Kommen wir zu einer offenen Frage, die in der Partei als Problem erkannt ist. Die Parteiführung hat sehr genau beobachtet, was mit Syriza in Griechenland passiert ist, als sie an die Regierung gekommen war und ihr Programm umsetzen wollte. Belgien ist innerhalb der EU eines der kleinen Länder mit einem entsprechend geringen Einfluss. Selbst wenn es der PTB/PvdA zeitnah gelingen sollte, so stark zu werden, dass sie mit der Regierungsbildung beauftragt würde - manche trauen ihr das zu - macht man sich in der Parteiführung keine Illusionen. Ohne eine politische Linkswende in Ländern wie Deutschland und/oder Frankreich sind die Aussichten für die belgische Linke eher bescheiden. Dieses Problem ist aber von der PTB/PvdA nicht zu lösen.

Anzeige

August Thalheimer

## Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst



Das Essay Thalheimers entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Broschüre, DIN-A5, 80 Seiten, 6,- €

Arbeiterstimme, Postfach 910307  
90261 Nürnberg  
redaktion@arbeiterstimme.org

Wie auch? Die Partei definiert sich vorerst als konsequente Oppositionskraft für die Interessen der abhängig Beschäftigten. Sie macht aber auch vorsichtige Experimente in Richtung

Tugend ist. Vorstände und Parteitage sind schon lange von diesen Machtkämpfen geprägt...“ (Thies Gleiss, Mitglied im Parteivorstand, SOZ 2/22). Dieses Verhalten ist nicht zu-

den geopolitischen Lage müsste eine sich neuformierende Linke eine klare Position in der Frage von Krieg und Frieden einnehmen und ausgehend von einem konsequenten Klassen-



links: Kay-Michael Dankl (KPÖ Salzburg), Mitte: Elke Kahr (Bürgermeisterin Graz, KPÖ), rechts: Marc Botenga MdEP, PTB/PvdA)

Übernahme von „Verantwortung“ auf unterer Ebene. So in der ostflandrischen Gemeinde Zelzate mit 13 000 Einwohnern. Dort hat sie zusammen mit der sozialdemokratischen Partei sp.a eine Mehrheit (sp.a mit 7 Räten und PTB/PvdA mit 6). Man einigte sich auf ein Konzept der gerechteren Lastenverteilung. Zentraler Punkt dabei ist eine „gerechte Steuerverlagerung“, bei der große Unternehmen und multinationale Konzerne mehr, Bürger und kleinere Unternehmen weniger Steuern schultern als bisher. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Bürgerbeteiligung. Jede Sitzung des Gemeinderats wird im Livestream übertragen. Raul Hedebouw: „Was wir hier gelernt haben, wollen wir an Dutzenden anderen Orten im Land anwenden.“

### Eine völlig andere Herangehensweise

Das ist eine völlig andere Herangehensweise, als wir sie von der Linkspartei kennen. Diese verfügt zwar über ein fortschrittliches Parteiprogramm, im politischen Alltag, vor allem im parlamentarischen Bereich, herrscht aber Pragmatismus vor. Dazu „brodeln innerparteilich ein Fegefeuer der Eitelkeiten, wo gegenseitiges Misstrauen die dominierende

letzt materiell bedingt. Wer sich nach oben durchkämpft, für den bzw. für die winken gut dotierte Posten beispielsweise in Landesregierungen (Thüringen, Bremen, früher Berlin). PTB/PvdA und die KPÖ-Gliederungen in Graz und Salzburg lösen derartige Probleme auf ihre Art. Das Grazer Partei-Urgestein Ernest Kaltenegger drückte es so aus: „Der erste Schritt, nicht korrumpiert zu werden, ist diese Einkommensbegrenzung. Aktuell sind das 2300 € netto, der Rest geht an Menschen in Notlagen.“ (Kontext Wochenzeitung, 24.5.2023).

Die Entwicklung in Österreich zeigt, dass nicht nur in Belgien Veränderungen stattfinden, die zu vorsichtiger Hoffnung Anlass geben. Wenn parallel dazu in der deutschen Linken der Trend in die ganz andere Richtung geht, nämlich abwärts, ist das zwar unerfreulich, kann aber – siehe Belgien 2003 – zu neuem Nachdenken führen. Das Konzept Linkspartei, wie es aus PDS und WASG hervorgegangen ist, scheint an sein Ende gekommen zu sein. Jetzt gilt es, den Blick nach vorne zu richten und aus den lähmenden Auseinandersetzungen herauszukommen. Passiert das nicht zeitnah, könnte ein Scherbenhaufen die unerfreuliche Folge sein. Viel Porzellan ist schon zerschlagen. Angesichts der sich rapide zuspitzen-

standpunkt die Interessen der abhängig Beschäftigten in den Mittelpunkt stellen. Ob dann die Zielperspektive wie bei der PTB/PvdA als Sozialismus 2.0, als Ökosozialismus oder als solidarische Gesellschaft bezeichnet wird, sollte aktuell in der hiesigen Debatte die Gemüter nicht zu arg erhitzen. Es geht letztlich um die Eigentumsfrage. Um sie ernsthaft stellen zu können, sind Stellschrauben erforderlich. In der belgischen Partei der Arbeit sind sie erkennbar. In der Debatte der deutschen Linken sind sie das (noch) nicht. Es gibt mehr Fragen, als Antworten zu erwarten sind. Zum Schluss noch eine optimistische Prognose, die einen Blick weit nach vorne wirft. Aber warum auch nicht:

„Ich bin überzeugt, dass Historiker in 200 Jahren sagen werden: Es gab eine Zeit, in der wir im Kapitalismus lebten. Es war der Profit, der darüber entschied, wohin die Ressourcen in der Gesellschaft gingen, nicht um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, sondern um mehr Profit zu machen. Und die Leute werden sagen, dass wir verrückt waren. Archäologen werden sich fragen, wie unsere Welt so überhaupt funktionieren konnte.“ Raoul Hedebouw, Präsident der PTB/PvdA

hd  
5.6.2023

# Rüstungswahn und Rüstungsplan

## Eine deutsche Kriegsvorbereitungsgeschichte

**W**em hängt sie nicht schon zum Halse heraus, die „Zeitenwende“? Kündigt sie etwas Neues an oder vertuscht sie lediglich das althergebrachte Wüten der kapitalistischen Normalität?

Jürgen Wagner hat die Behauptung einer Wende auf dem deutschen Rüstungssektor ernst genommen und auf ihre Stichhaltigkeit untersucht. Damit sind wir bereits beim Kernaspekt seiner Darlegung angekommen: der akribischen Zusammenstellung von militärbezogenen Fakten und Verknüpfungen, von denen es im westlichen/deutschen Kriegsrüstungsuniversum wahrlich nicht wenige gibt. Dieser strenge Sachbezug macht den besonderen Wert seiner Untersuchung aus. Die Tatsachen, welche die gegenwärtige Aufrüstung in Deutschland begründen, liegen auf dem Tisch. Alle an der Vermeidung weiterer Kriege Interessierten sind dringend eingeladen, sich dieser Fakten zu bedienen, um die bitter notwendige Gegenwehr mit dem sachlichen Hintergrund zu stärken.

In zehn übersichtlichen Kapiteln beschreibt der Autor die wesentlichen Komponenten, welche die deutschen Rüstungsanstrengungen prägen. Dabei bleibt er stets auf die Gegenwart bezogen, Rückgriffe auf die Vergangenheit der Bundeswehr sind auf das Nötigste beschränkt. Ihm geht es darum, die Bedeutung der aktuellen militärischen Verpflichtungen und Bestrebungen herauszuarbeiten, sodass die deutsche Militarisation keine Phrase bleibt, sondern als konkretes Ziel identifizierbar wird.

### **Neue Ziele nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Europa**

Wagner zeichnet die Veränderungen sowohl in den NATO-Strategien als auch in der EU nach. Letztere sind in der „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ des Staatenverbands niedergelegt (S. 51ff.). Es gab weder eine rüstungspolitische Pause noch eine „Friedensdividende“, von der heute noch gerne gelogen wird. Bereits die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ aus dem Jahr 1992 legen die militärische Rohstoffsicherung und die Kontrolle von Handelswegen als Kernaufgabe der Bundeswehr fest. (S. 33)

Parallel dazu beschließt die NATO Schritt für Schritt neue Entwicklungspräferenzen, Out-of-area-Einsätze des Bündnisses werden zeitgleich mit dem NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 prominent im Strategiekonzept verankert. Begleitend beschließen die Mitgliedsstaaten auf der EU-Ebene Eingreiftruppen in einer Größenordnung von 50 000 Soldat\*innen. Sie sind von den Einzelstaaten zu stellen, sollen innerhalb von 60 Tagen kampfbereit und ein Jahr lang einsetzbar sein.

Die strategische Autonomie, die mit einer militärischen Einsatzfähigkeit unabhängig von NATO und USA kokettiert, findet Eingang in die europäischen Rüstungsplanungskonzepte der letzten 25 Jahre. Voran marschiert dabei die Bundeswehr, die den Kern der EU-Eingreiftruppe zu stellen verspricht (2022).

Seit 2016 kommandiert die deutsche Armee zusätzlich das NATO-Bataillon in Litauen und stellt das größte Truppenkontingent. Für weitere strategische Pläne anderer Truppengattungen steht die Bundeswehr seit Jahren bereit. Nicht zuletzt werden Kriegsschiffe in das Südchinesische Meer entsandt und deutsche Kampfflugzeuge jetten mal eben nach Australien, um dort an Militär„übungen“ teilzunehmen.

Die strategische Autonomie, die mit einer militärischen Einsatzfähigkeit unabhängig von NATO und USA kokettiert, findet Eingang in die europäischen Rüstungsplanungskonzepte der letzten 25 Jahre. Voran marschiert dabei die Bundeswehr, die den Kern der EU-Eingreiftruppe zu stellen verspricht (2022).

### **Die Orchestrierung der Aufrüstung: die Mär von der kaputt gesparten Bundeswehr**

Während also der Systemkonflikt mit Russland – und im Hintergrund mit China – in den 2010er Jahren handlungsanleitend wird, geht die Bundesregierung weitere Verpflichtungen gegenüber den NATO- wie den EU-Verbündeten ein. In mehreren Stufen sollen zwischen 2023 und 2032, neben den sonstigen Aufgaben, drei Divisionen, also um die 60 000 Personen Truppenpersonal, in die

NATO eingebracht werden (S. 77). Neue Fähigkeiten, vor allem im Bereich der Digitalisierung, sind nötig, um die Ziele einzuhalten. Nötig ist auch mehr Geld. Gigantische Aufrüstungsprogramme (S. 88), für die die deutsche Politik im Wort steht, harren seit zehn Jahren ihrer Umsetzung. Deshalb passt die „Schrotthaufen-Debatte“ (S. 95) perfekt in die Zeit. Ohne das Beschaffungswesen der Bundeswehr, ein Einfallstor für die gesamte Rüstungsbranche, in seinen systemischen Defiziten ausleuchten zu wollen, muss leider festgehalten werden: Verschwendung und Überteuering sind kein Argument, über viel zu hohe Militärausgaben nachzudenken. Im Gegenteil: medial wird das Problem als eines der „chronisch unterfinanzierten“ (S. 97) Bundeswehr ausgedeutet. Mit wenigen Ausnahmen ist dies die herrschende Interpretation einer beständig defizitären Rüstungsfinanzierung. In das öffentliche Bewusstsein wurden breite Schneisen geschlagen, um dafür eine mehrheitliche Akzeptanz zu erzeugen.

### **Nutzen und Kosten der europäischen Rüstung**

Auf der Kommissionsebene der EU zieht man eine weitere Argumentationsschiene ein: die europäische Rüstung sei deshalb so teuer, weil sie im Vergleich mit den USA fragmentiert sei. Also müsse man die Rüstungsvorhaben (ebenso wie die Waffenproduzenten) bündeln und die Stückzahlen hochtreiben – auch für den Export außerhalb der EU. Der „bisher stark zersplitterte europäische Verteidigungsmarkt“ (S. 99) müsse neu gestaltet werden, gerade auch zum Nutzen der wettbewerbsfähigen deutschen Industrie. Die deutlich gestiegene Quote deutscher Rüstungsgüterexporte in sogenannte „Drittstaaten“ (Nicht-EU-, NATO- oder gleichgestellte Länder) während der letzten zehn Jahre reiht sich genauso wie ein aufgeweichter Kriterienkatalog für die Ausfuhrgenehmigung nahtlos in die robuste Politik ein.

So wurden 2021 Exportzulassungen in einer Rekordhöhe von 9,35 Milliarden Euro ausgereicht.

Ein Heer, das mehr und mehr Aufgaben übernehmen soll, wird nach allen Planungen von 178 000 Personen (2016) auf eine Sollstärke von 203 000 (2025) aufwachsen – wenn denn die Rekrutierungsprobleme gelöst werden. Seit Anfang der 2010er Jahre sind beschlossene Standortschließungen rückgängig gemacht und die Liegenschaften in Wiederbetrieb genommen worden.

Wagner listet die wichtigsten und damit teuersten Beschaffungsvorhaben für Luftwaffe, Marine, Heer sowie die Digitalisierungsbeschlüsse akribisch auf (S. 121ff.).

Evident wird aus all diesen Absichten, Selbst- und Fremdverpflichtungen das Eine: auch mit einem überproportional wachsenden Rüstungsetat ist der verplante Kostenrahmen nie und nimmer zu stemmen.

### Das Sondervermögen, der Extra-Wumms für die Armee

Günstiger hätte der Ukrainekrieg nicht fallen können. Drei Tage nach Beginn der Kampfhandlungen verkündet Kanzler Scholz die Zeitenwende, die als deutlichste Sofortwirkung eine Sonderfinanzierung der Bundeswehr abseits ihrer sonstigen, haushaltsgebundenen Finanzierungsbedarfe mit sich bringt: 100. 000. 000. 000 Euro weitere Schuldenaufnahme jenseits aller „Sparzwänge“ und Schuldenbremsen will der Bundeskanzler für die Aufrüstung einsetzen. Und der Bundestag nickt in ganz großer Regierungsverantwortung aller Ampelparteien mit der CDU/CSU den Plan ab. Damit ist der Zeitrahmen, in den die zusätzlichen Rüstungsausgaben fallen, bis 2026 gespannt. Um es so zu sagen: das Geld ist definitiv weg, die Schulden werden definitiv bleiben und die Welt wird ein großes Stück unsicherer werden.

### Ein schauriger Ausblick und eine bittere Notwendigkeit

Der Autor lässt niemanden im Unklaren, welch hochmodernes Vernichtungsmaterial mit den 100 Milliarden Euro entwickelt und eingekauft wird. Alle Wünsche werden bedient. Wird mal eben ein europäisches Panzer-

oder Kampfflugzeugprojekt nicht zeitgerecht fertig – und das ist der Regelfall und treibt die Kosten –, kauft man halt beim großen Verbündeten eine „Zwischenlösung“. Die Steuerzahlenden dürfen sich auf eine Forderungs- und Zahlungslawine ohne Ende einrichten.

Noch bedrohlicher wird das Szenario im vorletzten Kapitel entfaltet, wenn Wagner die großen Rüstungslinien des Westens Revue passieren lässt.

Deutschland bastelt mehr denn je an der nuklearen Teilhabe (S. 165), was beinhaltet, dass im Ernstfall US-Atombomben auch von der Bundeswehr ins Ziel gebracht werden. Forderungen an Frankreich, die eigene Bombe zu europäisieren, das heißt vor allem zur deutschen Bombe zu machen, werden trotz aller Klarstellungen des französischen Präsidenten nicht auf Dauer verstummen. Der deutsche Führungsanspruch in Europa fordert seinen Tribut.

Europäische Rüstungsprojekte werden im raschen Takt vereinbart und die Aufrüstung „befreundeter“ Akteure liefert den Militärstrategen eine willkommene, zusätzliche Option, Weltpolitik zu betreiben, ohne die eigene Bevölkerung in den dazugehörigen Krieg zu schicken. Die Ukraine ist gegenwärtig das Beispiel schlechthin.

Allein, ungeschoren werden die europäischen und nordatlantischen Verbündeten nicht davonkommen. Die NATO-Ostflanke wird in beispielloser Art aufgerüstet und Großverbände werden innerhalb weniger Jahre auf den Weg gebracht. Es gibt viele Chancen für junge Leute im Westen, als Kanonenfutter zu enden – allen smarten Cyber-War-Vorstellungen zum Trotz.

Wohl wissend um die bescheidene Ausgangslage geht der Autor davon aus, dass der „Rüstungswahn“ nur gestört werden kann, wenn der Widerstand groß genug ist.

Alle Eingriffsmöglichkeiten müssen wahrgenommen werden. Das betrifft Proteste gegen die mangelnde parlamentarische Kontrolle militärischer Pläne ebenso wie die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit gegen die kriegsgeile Medienmehrheit. Investigatives Vorgehen gegen Korruption und Lobbymacht bei der Rüstungsvergabe soll die Projekte in öffentlichen Misskredit bringen. Antimilitaristi-

sche Menschen erleben Diffamierung und Verfolgung, ihr/unsere Kampf ist aber notwendig. Die nicht erreichten Rekrutierungszahlen für die Armee machen Mut, jeder Protest gegen die Bundeswehr an der Schule ist unterstützenswert.

Und schließlich wird erst in Zukunft die Rechnung aufgemacht, was für die Abermilliarden nicht angeschafft wurde: alle Bausteine für ein menschenwürdiges Leben, das der erreichten Zivilisationsstufe angemessen wäre. Doch davon entfernen wir uns mit einer Geschwindigkeit, wie sie den neuen, gesenkten Vorwarnzeiten für die Raketeneinsätze entspricht.

Die Rüstung ist ein globales Verelendungsprogramm, das müssen wir immer wieder thematisieren. Nur so kann der schmale Zeithorizont bis 2026 eine Chance sein. Die Folgekosten der Programme und das 2 Prozent-Ziel für den Aufrüstungshaushalt benötigen Finanzmittel in bald dreistelligen Milliardenbeträgen. Oder wie Jürgen Wagner konstatiert: „Somit bleiben vier Jahre, um eine dauerhafte Zeitenwende zum Turbo-Militarismus zu verhindern. Die Friedensbewegung allein wird hierzu deutlich zu schwach sein (...) Die gute Nachricht ist aber, dass sie hierfür zahlreiche Bündnis-partner\*innen finden könnte. (...) Der Widerstand gegen Zeitenwende und Turbomilitarismus geht also alle an (...)“ (S. 211f.) Da hat er einfach nur Recht.

Wir wünschen der Untersuchung die größtmögliche Verbreitung und mehr noch: sie möge den Widerstand gegen die unerträglichen militaristischen Pläne beflügeln!



Jürgen Wagner: *Im Rüstungswahn Deutschlands Zeitenwende zu Aufrüstung und Militarisation*. PapyRossa Verlag, Köln 2022, 212 Seiten



## Was geht in Peru vor?

### Teil 2: Die Amtszeit Pedro Castillos und sein Sturz

Die 16 Monate, in denen Castillo Peru regierte, waren von zwei Konstanten geprägt: der Unfähigkeit des Präsidenten und der permanente Kampf der Kongressmehrheit gegen ihn. Die Sabotage an seiner Regierungsarbeit überstieg alles, was man in der Regel aus Ländern mit einer ähnlichen politischen Konstellation kennt.

Als erstes wurde der Außenminister, Héctor Béjar, abgeschossen. Er war einer der Guerilleros der 1960er Jahre. Seine Freiheit erlangte er nach einer Amnestie der Militärregierung unter Velasco Alvarado zurück. Der Rechtsanwalt und Doktor der Soziologie bekleidete Professuren an den beiden angesehensten Universitäten des Landes, der staatlichen UNMSM und der katholischen PUCP.<sup>1</sup> Als gewählter Delegierter wirkte er auch an der Verfassung von 1979 mit.

Nach nur drei Wochen im Amt wurde ein mehrere Monate altes Interview ausgegraben. Dort hatte er sich so geäußert: „Den Terrorismus in Peru initiierte die Marine, das lässt sich historisch belegen, und sie wurden dafür von der CIA ausgebildet.“<sup>2</sup> Das ergänzte er mit seiner Überzeugung, die sich nicht beweisen lässt, „dass Sendero Luminoso zum großen Teil eine Kreation der CIA und der Geheimdienste“ war.<sup>3</sup>

Wie nicht anders zu erwarten, löste das einen Sturm der Empörung aus. Wie von der Tarantel gestochen

reagierte die Kriegsmarine. „Es stellt eine Affront gegen die Männer und Frauen dar, die gegen die terroristischen Verbrechen gekämpft haben und noch kämpfen, gegen die Witwen, Waisen und Hinterbliebenen, die Opfer dieser verdammenswerten Aktion geworden sind, sowie gegen alle Männer und Frauen, die unsere 200-jährige Institution ausmachen.“<sup>4</sup> Der öffentliche Druck war am Ende so groß, dass er nach nur 19 Tagen im Amt um seine Entlassung bat.<sup>5</sup>

Héctor Béjar hat im Februar dieses Jahres auf seinem Blog eine le-



Pedro Castillo in seiner Küche

benswerte Beschreibung der Regierung Castillo veröffentlicht. Unter der Überschrift „Nichts hier, nichts dort / Um Pedro Castillo zu verstehen ... oder seine Verleumder“ schildert er dessen ländliche Herkunft, wie er als Anführer des Lehrerstreiks sowohl die Regierung als auch die SUTEP in Schwierigkeiten gebracht hat, wie er

im Wahlkampf die Dörfer besuchte und die Landbevölkerung sich in ihm wiedererkannte. Wie er in der Stichwahl die Tochter des Exdiktators besiegte, gegen die wegen Geldwäsche ermittelt wird.

„Das unerwartete Erscheinen dieser andinen Person, ... , löste bei der Mittel- und Oberschicht Alarm aus. Die Rechte sagte das gleiche wie immer: Er ist ein Terrorist, ein Kommunist und er wird uns in ein Kuba oder Venezuela verwandeln. Die gemäßigte Linke von Verónica Mendoza runzelte die Stirn und stellte [vor der Stichwahl, E.B.] Bedingungen: Dass er sich zum Feministen und Freund der LGBT-Gemeinschaft erklärt. Dass er versichert, uns nicht zu einem Venezuela zu machen. (Seit einiger Zeit gesteht eine gewisse peruanische Linke zu, dass Venezuela eine Diktatur sei.) Verónica Mendoza, die Kandidatin der offiziellen Linken, gratulierte diesem Eindringling [nach der ersten Runde, E.B.] nicht, der ihr ihren möglichen Sieg ruinierte. Keiko auch nicht. Fujimori behauptete einen Betrug und akzeptierte die Ergebnisse nicht. Verónica und ihre Gruppe Juntos por el Perú sind jetzt Verbündete von Castillo und hatten bis vor wenigen Wochen Minister in der Exekutive. Aber sie brachen mit ihm, als Castillo von Opportunisten und Schmarotzern umgeben war, zu einer Zeit, als der Druck durch die Ultrarechte zunahm.

Viele Angriffe auf Castillo, auch die von Links, sind offen rassistisch. Trotz der Tatsache, dass Castillo ein Kandidat von Peru Libre war, einer Partei, die sich selbst als marxistisch und mariateguistisch (Von Mariátegui, dem Begründer des peruanischen Sozialismus) definiert, hat er häufig dem Vorwurf widersprochen, Kommunist oder Marxist zu sein, er bekannte sich zur Marktwirtschaft und privaten Investitionen. Niemand

1. [https://es.wikipedia.org/wiki/H%C3%A9ctor\\_B%C3%A9jar](https://es.wikipedia.org/wiki/H%C3%A9ctor_B%C3%A9jar)

2. <https://rpp.pe/politica/gobierno/cancilleria-declaraciones-de-hector-bejar-vienen-siendo-editadas-para-que-sea-censurado-noticia-1352915>

3. <https://larepublica.pe/politica/2021/08/16/que-dijo-hector-bejar-sobre-el-terrorismo-que-genero-el-rechazo-de-la-marina-de-guerra-atmp>

4. <https://rpp.pe/peru/actualidad/marina-de-guerra-del-peru-expreso-su-rechazo-a-las-declaraciones-del-canciller-bejar-sobre-el-terrorismo-noticia-1352825>

5. <https://rpp.pe/politica/gobierno/hector-bejar-habria-presentado-su-renuncia-a-la-cancilleria-noticia-1353016>

weiß, ob er es aus Überzeugung oder aus Angst vor der grausamen peruanischen Rechten sagt.“<sup>6</sup>

Die Person Castillos beschreibt er folgendermaßen: „Als Mann aus den unteren Schichten zeigt Castillo die Tugenden und Mängel eines Volkes, das fünfhundert Jahre [Fremd-] Herrschaft und fünfzig Jahre Neoliberalismus erdulden musste. Und das bedeutet Unwissenheit über das Weltgeschehen, geringes Wissen über Peru, große Unsicherheit gegenüber den Mächtigen und ein gewisses Fehlen von Tugenden und Werten, sowie die Angewohnheit der Vetternwirtschaft und der Minikorruption, die eben doch Korruption ist.“

Laut Béjar ist während der Regierung Castillo nichts Erwähnenswertes passiert. Ausnahmen sind „die Impfungen, organisiert von Cevallos, dem jetzt ehemaligen Gesundheitsminister von Juntos por el Perú, er wurde aus unerklärlichen Gründen zusammen mit anderen linken Ministern entlassen.“ Er führt auch die Argumente der Anhänger Castillos an. Danach gehört zu den Erfolgen dieser Regierung „die Weigerung, rechte Zeitungen und Fernsehsender mit Staatsgeldern zu finanzieren, wie es frühere Regierungen taten. Und mindestens während der letzten 18 Monate sind die Basisorganisationen nicht mehr unterdrückt und es ist auch nicht mehr auf sie geschossen worden, wie es bei früheren Regierungen üblich war, wenn Basisproteste stattfanden.“

Die Staatsanwaltschaft begann gegen ihn wegen Korruption zu ermitteln, es erschienen Kriminelle und behaupteten, sie hätten ihn indirekt über seine Mitarbeiter bestochen, die Staatsanwälte gingen bis zum Äußersten und durchsuchten das Schlafzimmer des Präsidenten im Regierungspalast, systematisch wurde den Ministern das Misstrauen ausgesprochen, manchmal begründet und manchmal nicht.“

## Die Sozialfaschismustheorie lebt

In Peru sind erfolgreiche Misstrauensabstimmungen der erste Schritt zur Ministerentlassung. Auf Grund solcher Voten oder von nicht nachvollziehbaren Entscheidungen des Präsidenten wurden am laufenden Band Regierungsmitglieder ausgetauscht. Mit diesem Chaos hatte Vladimir Cerrón, der Vorsitzende von Perú Libre, keine Probleme. Aus

seiner Sicht ist ein Teil der Linken, und nicht die Ultrarechten, der Hauptgegner. Doch lassen wir ihn selbst zu Wort kommen. Im August letzten Jah-



Vladimir Cerrón, Vorsitzende von Perú Libre

res hat sich Carlos Noriega von der angesehenen argentinischen Tageszeitung *Página 12* mit ihm unterhalten. Im Folgenden das Wichtigste aus dem Bericht des Journalisten:

„Von Seiten des Kongresses droht die Übernahme der Regierung durch die Ultrarechte wegen der Absetzung Castillos, aber für Cerrón ist dieses Risiko ‚bedeutend, aber es ist nicht die Hauptgefahr‘. Mehrmals wiederholt er, dass ‚die Hauptgefahr, die größte Bedrohung von Kaviar ausgeht‘. ‚Kaviar‘ ist ein Begriff,



Verónica Mendoza, Kandidatin des Juntos por el Perú

der von der Rechten verwendet wird, um die Fortschrittlichen zu diskreditieren. Für Cerrón sind die Kaviarlinken ‚Personen, die eine linke Sprache verwenden, aber wie Großkapitalisten leben, die in den von den USA finanzierten NGOs arbeiten‘. Cerrón griff von Anfang an Castillos fortschrittliche Verbündete an, die vor einigen Monaten die Regierung verlassen haben. Perú Libre stimmte bei den Angriffen auf den Progressismus mit der extremen Rechten überein.

Spielen Sie nicht das Spiel der Ultrarechten, wenn Sie andere Sektoren der

Linken bekämpfen? ‚Ich glaube nicht, dass wir deren Spiel spielen. Wir haben kein Bündnis mit der extremen Rechten, was es gibt, ist eine spontane Anti-Kaviar-Übereinstimmung. Wir stimmen überein, weil wir einen gemeinsamen Feind bekämpfen, das ist die Kaviar-Linke, die Sozialdemokratie. Ich kann kein Bündnis mit den NGO-Verbündeten von USAID eingehen. Wir können mit dem Fujimorismus und anderen übereinstimmen, aber mit der Kaviar-Linken nicht, sie sind unser Hauptfeind. Die Kaviar-Linken sind für uns die Hauptbedrohung, ein gefährlicherer Feind als die neofaschistische Ultrarechte.“<sup>7</sup>

Wie der Fortgang der Geschichte zeigte, führt auch die andine Version der Sozialfaschismustheorie in die Niederlage. Für die Arbeiter und kleinen Bauern brachte der Sturz Castillos keine Verbesserungen. Dass solche kruden Einstellungen dennoch ihre Anhänger finden, liegt in der sozialen Realität der Menschen. Dafür muss man nur Verónica Mendoza mit Pedro Castillo vergleichen.

Hier eine Psychologin, die von ihrer Mutter die französische Staatsbürgerschaft geerbt hat. Wegen dieser Verbindungen nach Europa konnte sie an zwei Pariser Universitäten studieren<sup>8,9</sup>. In Peru genießt sie einen Lebensstandard, der dem der europäischen Mittelschicht nahekommt.

Dort ein armer Lehrer, der sich nur mit seiner Nebenerwerbslandwirtschaft über Wasser halten konnte. In seiner Küche wird wie seit Jahrhunderten am offenen Feuer gekocht. Diese Lebensumstände und die daraus folgenden Einstellungen sind der Grund, warum „die Landbevölkerung sich in ihm wiedererkannte“.

Wie sollten sie eine Person wie Mendoza nicht als Eindringling in ihre Welt betrachten? Im Wahlkampf hat sie sich auch in andiner Kleidung gezeigt. Wenn ihre Basis Themen wie LGBT+ in den Vordergrund rückt, ist der kulturelle Unterschied zu ihr wesentlich größer als der zur Rechten.

Solche Unterschiede lassen sich nur mit einem entsprechenden Bewusstsein überwinden. Das muss

6. <https://hectorbejarrivera.com/nada-por-aqui-nada-por-alla-para-entender-a-pedro-castillo-a-sus-detractores/>

7. <https://www.pagina12.com.ar/474983-vladimir-cerron-lider-de-izquierda-peruano-pense-que-castill>

8. [https://web.archive.org/web/20121101005223/http://200.37.211.183/pecao2011/public/verhojadevida.aspx?ID\\_CANDIDATO=120015&ID\\_ORG\\_POLITICA=179](https://web.archive.org/web/20121101005223/http://200.37.211.183/pecao2011/public/verhojadevida.aspx?ID_CANDIDATO=120015&ID_ORG_POLITICA=179)

9. [https://es.wikipedia.org/wiki/Ver%C3%B3nika\\_Mendoza](https://es.wikipedia.org/wiki/Ver%C3%B3nika_Mendoza)

aber von den Intellektuellen beider Seiten aktiv geschaffen werden. Eigentlich ist das die Aufgabe von linken Parteien.

Möglicherweise verstecken sich hinter dem Kampf gegen „Kaviar“ auch nur extremistische Vorstellungen des Indigenismus. In anderen lateinamerikanischen Ländern findet man unter den Ureinwohnern politische Strömungen, die sich weigern, mit Weißen und Mestizen zusammenzuarbeiten. Sie träumen davon, dass diese Menschen nach Europa zurückgehen, schließlich sei dort ihre Heimat. Das richtet sich auch gegen progressive Kräfte. Ein Beispiel dafür ist Ecuador. Dort hat bei der letzten Präsidentschaftswahl der rechte Kandidat nur deshalb den Sieg davongetragen, weil der ausgeschiedene indigenistische Bewerber keinen Wahlauftritt für den moderat linken Kandidaten abgeben wollte. Sowohl Pachakutik (Partei für die Interessen der indigenen Bevölkerung ganz Ecuadors) wie die Bürgerrevolution gelten Wikipedia als links und hatten, zusammenaddiert, im ersten Wahlgang 2/3 der Wähler hinter sich versammelt.<sup>10</sup>

Auch in Bolivien gibt es diese Spaltung.<sup>11</sup> Doch dort unterstützt diese Richtung bei nationalen Wahlen die MAS von Evo Morales. Sie sind zu dem Schluss gekommen, dass eine Regierung der MAS einen positiven Beitrag zur indigenen Wiedergeburt leisten kann. Doch auf Departementsebene sieht das anders aus. Hier kandidieren sie gegen die MAS. In der 2. Runde erobern sie dann, mit stillschweigender Unterstützung durch die Rechte, die Departementsregierung. So geschehen bei den letzten Regionalwahlen im Departement La Paz. Das ist der Grund, warum die MAS im nationalen Parlament fast 2/3 der Sitze hält, aber nur 1/3 der Departements regiert.

Doch zurück nach Peru. Schon im dritten Monat der Regierung Castillo zerbrach die Fraktion von Perú Libre wegen unterschiedlicher An-

sichten über die Zusammensetzung seines zweiten Kabinetts. Die neue Präsidentin des Ministerrates wurde Mirtha Vásquez von der Frente Amplio. Cerrón und fast die Hälfte seiner Fraktion lehnten dieses Kabinett ab.<sup>12</sup>

Das steht im Einklang mit ihrer Haltung zu „Kaviar“. Vásquez hat einen ähnlichen Hintergrund wie Cerrón. Beide sind Intellektuelle aus der Provinz, aber sie ist in der falschen Partei. So wurde sie auch von „Links“ bekämpft und nach nur vier Monaten im Amt bat sie um ihre Entlassung.<sup>13</sup>

In diesem Stil ging es weiter. Dabei zerlegte sich die Fraktion von



Mirtha Vásquez (rechts)

Perú Libre immer weiter. Ihre Disidenten gründeten, auch mit Parlamentariern von weiter rechts stehenden Parteien, neue Fraktionen. Darunter gibt es auch ein Kuriosum wie eine Lehrerfraktion, den Bloque Magisterial. Von den ursprünglich 37 Sitzen sind Perú Libre 15 geblieben.

Zu diesem Chaos gesellte sich die Sabotage durch das Parlament. Es führte wahre Eiertänze auf, nur um Ministern nicht das Vertrauen aussprechen zu müssen. Dem Präsidenten wurden Auslandsreisen verweigert, sofern sie nicht im Interesse der USA waren. Nur deshalb durfte

Castillo zum Amerikagipfel nach Los Angeles. Auch versuchte man Äußerungen von ihm zum Hochverrat zu stilisieren.

An die Umsetzung seiner Wahlversprechen war nicht zu denken. Das wichtigste Projekt hieß Verfassungsgebende Versammlung. Die Rechte legte Wert auf die Feststellung, dass die Konstitution nur durch das Parlament geändert werden darf. Einem Gesetz, das den Weg zu einem neuen Grundgesetz öffnet, werde man niemals zustimmen.

Doch Castillo hat nicht einmal das Mögliche versucht. Regelmäßig fand sich in Medien wie *Diario Uno* der Vorwurf, dass er nicht auf bolivianische Art regiere. Dort wurden von Evo Morales Gesetze mit populären Forderungen in den Kongress eingebracht, die aber nicht im Sinne der Rechten waren. Zur Unterstützung dieser Initiativen mobilisierte er dann die Bevölkerung. Das war die Basis seiner erfolgreichen Politik zu einer Zeit, als die MAS noch über keine parlamentarische Mehrheit verfügte.

In Peru wollte die Mehrheit des Kongresses den Präsidenten mittels Amtsenthebungsverfahren loswerden. Begründet wurde das mit einer moralischen Unfähigkeit Castillos. Diese Versuche scheiterten, weil die erforderliche 2/3-Mehrheit (87 von 130 Abgeordneten) verfehlt wurde. Diese fortwährende Obstruktion der Regierungsarbeit durch die Parlamentarier hat dazu geführt, dass nach dem 7. Dezember selbst Menschen aus der politischen Mitte entschuldigend sagten: „Man hat ihn ja nicht machen lassen.“

Diese politischen Auseinandersetzungen finden in einem Umfeld statt, in dem fast kein Tag ohne Meldungen aus dem Bereich der Korruption bzw. Korruptionsbekämpfung vergeht. Es gibt zahllose Fälle, von denen Lava Jato des brasilianischen Baukonzerns Odebrecht nur der bekannteste ist. Diese Firma hat in Lateinamerika zahllose Politiker bestochen, um an Aufträge zu gelangen. Jetzt müssen die Verantwortlichen dieser Firma nur auf jemanden zeigen und behaupten, dass sie ihm Geld gegeben haben. Damit ist diese Person erledigt. Weitere Beweise werden dann nicht mehr verlangt.

10. [https://es.wikipedia.org/wiki/Elecciones\\_presidenciales\\_de\\_Ecuador\\_de\\_2021](https://es.wikipedia.org/wiki/Elecciones_presidenciales_de_Ecuador_de_2021)

11. <https://www.paginasiete.bo/nacional/2020/8/14/el-kollasuyo-tiene-que-liquidar-bolivia-somos-otra-nacion-264492.html>

12. <https://www.infobae.com/americaperu/2021/11/05/peru-libre-y-el-quebre-de-la-bancada-que-se-hizo-evidente-con-el-voto-de-confianza/>

13. [https://es.wikipedia.org/wiki/Mirtha\\_V%C3%A1squez](https://es.wikipedia.org/wiki/Mirtha_V%C3%A1squez)

Auch im Umfeld Castillos ist es zu Fällen von Korruption gekommen. So wurde z.B. im Büro eines Ministers ein Koffer voller Geld gefunden. Auch gegen Verwandte des Präsidenten laufen Ermittlungen. Nur gegen ihn selbst hat man bisher nichts Überzeugendes vorgebracht. Aus der Ferne kann nicht beurteilt werden, ob an den Vorwürfen etwas dran ist. Genauso gut kann es sich um Konstruktionen des politischen Gegners handeln. Das inzwischen klassische Beispiel ist der Fall Lula in Brasilien.

### Putschversuch und Gegenputsch

In diesem Umfeld war für den 7. Dezember die Abstimmung über den dritten Antrag auf Amtsenthebung angesetzt. Das Scheitern der voraus-

Lager mehr als die notwendigen 87 Vertreter stellt.

Ein weiterer Grund war die Befürchtung, dass nach Castillos Absetzung das Hinterland explodiert. Die Proteste in den Monaten nach seiner Absetzung zeigen, dass das nicht aus der Luft gegriffen war.

Doch diesmal lagen die Dinge anders. Das zeigt eine Weichenstellung einige Tage früher. Die Rechte stoppte ein Amtsenthebungsverfahren gegen die Vizepräsidentin. Doch das wurde nicht als Zeichen des Überlaufens von Boluarte zur Rechten erkannt. Am Ende war das aber der entscheidende Schachzug beim Kampf um die Regierung. Daher kann man sagen, dass der Putsch von langer Hand vorbereitet war. Der Verrat Boluartes war nicht die Folge von Castillos Versuchs eines Selbstputsches.

nehmen. Der Öffentlichkeit beschrieb sie sich so: „Ich bin aus Apurímac und Mutter von zwei Kindern, eine beruflich kompetente Person, verpflichtet der echten Freiheit und Demokratie in einem Land mit Gleichheit.“<sup>14</sup>

Doch zurück zum 7. Dezember. Die Abstimmung war für den Nachmittag angesetzt. Am Vormittag erklärte der Präsident in einer Rede an die Nation, dass er den Kongress auflöse, um so bald wie möglich Neuwahlen durchzuführen. Bis dahin würde er per Dekret regieren. Zudem verkündete er eine landesweite Ausgangssperre.<sup>15</sup> Das waren die Worte eines Putschisten, nur fehlte ihm die militärische Macht an seiner Seite. Alberto Fujimori hatte bei seinem Selbstputsch zuerst die Schaltstellen der Macht besetzen lassen und sich dann an die Bevölkerung gewandt.<sup>16</sup> Daher war Castillos Ansprache bes-



gegangenen hatte zwei Gründe. Die Vizepräsidentin Dina Boluarte hatte Castillos Basis versprochen, im Falle seiner Absetzung selbst zurückzutreten. So ein Schritt löst in Peru sofort allgemeine Wahlen aus. Abgeordnete dürfen dort nicht zweimal hintereinander kandidieren. Die aktiven Parlamentarier hätten sich bei einem Ja um ihren Arbeitsplatz gebracht. Damit wären ihnen auch alle Einkünfte entgangen, die sie bis zum regulären Ende ihrer Amtszeit erwarten durften. Offensichtlich wollten das einige nicht. Deshalb wurde Castillo nicht abgesetzt, obwohl das Mitte-Rechts-

Boluarte ist eine Anwältin, die bis zu ihrem Einstieg in die große Politik eine Zweigstelle der Meldebehörde leitete. In der Vergangenheit kandidierte sie schon erfolglos für untergeordnete Wahlämter. Perú Libre hatte sie Castillo an die Seite gestellt, um damit der Kritik an ihren familienpolitischen Positionen die Spitze zu

tenfalls die Simulation eines Staatsstreiches.

Die Frage ist, was ihn zu dieser Handlung motiviert hat. Nach allgemeiner Ansicht wusste der Präsident, dass seine Gegner die notwendige Zahl der Stimmen verfehlen werden.<sup>17</sup> Möglicherweise wurde er dazu angestiftet. Einige Beobachter

14. <https://diariouno.pe/las-encuestas-no-predijeron-el-triunfo-de-castillo-hoy-tampoco-son-la-ultima-palabra/>

15. <https://www.eldesconcierto.cl/internacional/2022/12/07/crisis-en-peru-presidente-castillo-disuelve-el-congreso-y-decreta-toque-de-queda.html>

16. <https://www.youtube.com/watch?v=U8ZpDgLRcno>

17. „Castillo sabía que no había votos para la vacancia“, Interview mit Guido Bellido Ugarte, Hildebrandt en sus trece, Nr. 616 vom 16.12.2022

vertreten die Ansicht, dass die Worte seiner Rede nicht zu seiner Art sich auszudrücken passen.

Offensichtlich war nicht einmal das Kabinett über sein Vorhaben informiert. Dafür sprechen die sofortigen Rücktritte einiger Minister. Andererseits können Mitwisser sich heute nicht dazu bekennen. Sie würden sich als Verschwörer selbst belasten.

Auch die Streitkräfte verweigerten dem Präsidenten die Gefolgschaft. Scheinbar wurde Castillo sehr schnell klar, dass die Kräfte der faktischen Macht ihn nicht mehr als Präsidenten anerkennen. Er wollte fliehen. Auf dem Weg zur mexikanischen Botschaft hat ihn seine Eskorte festgenommen.

War das legal? In Peru ist nirgends geregelt, wann ein aktiver Präsident, der ja strafrechtliche Immunität genießt, festgenommen werden darf. Zum Zeitpunkt seiner Verhaftung hatte die Sitzung des Kongresses noch nicht einmal begonnen. Die Verhaftung wird damit verteidigt, dass Castillo in flagranti beim Begehen einer Straftat ertappt worden sei.

Laut Wálter Ayala Gonzales, dem Verteidiger Castillos, hat sein Mandant im strafrechtlichen Sinne keinen Putschversuch unternommen.<sup>18</sup> Dafür hätte irgendjemand zur Waffe greifen müssen. Das ist nicht passiert. So hat Castillo eine Rede gehalten, aber gegen kein Gesetz verstoßen. Doch die juristische Einordnung orientiert sich nicht nur an Gesetzestexten. Sie hängt auch von den Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen ab. Das sieht man im Vergleich mit der juristischen Aufarbeitung des Selbstputsches von Alberto Fujimori. Die fand nicht statt. Sein Selbstputsch war im Sinne der besitzenden Klasse und daher rechtskonform.

Am Nachmittag wurde der Präsident schließlich gestürzt. Doch was da geschah, hat nach Ansicht von Castillos Verteidiger keine Rechtskraft. „Das ordnungsgemäße Verfahren zur Absetzung wurde nicht eingehalten, deshalb ist die Absetzung ungültig und er bleibt weiterhin Präsident.“ Zu diesen nicht eingehaltenen Vorschriften gehört, dass für die Expressabsetzung, die der Kongress vorgenommen hat, 104 Stimmen notwendig gewesen wären. Es kamen aber nur 102 zusammen. Sechs Vertreter von Perú Libre stimmten mit Nein und zehn Abgeordnete, darunter auch einer von Juntos por el Perú, enthielten sich.<sup>19</sup>

Zu denjenigen, die Castillo immer noch als den legitimen Präsidenten Perus betrachten, gehört auch das mexikanische Staatsoberhaupt López Obrador. Er hält seine Absetzung für einen weichen Staatsstreich der peruanischen Konservativen unter Beteiligung der USA. Da er keinen Putsch legitimieren will, weigert er sich, den Vorsitz der Pazifischen Allianz direkt an Peru weiterzugeben.<sup>20</sup>

In Mexiko hat Castillos Familie inzwischen politisches Asyl erhalten. Er selbst befindet sich gegenwärtig wegen der Anklagepunkte Rebellion und Korruption in Untersuchungshaft. Diese wurde Ende März auf 36 Monate verlängert. In dieser Zeit will man etwas finden, das seine persönliche Beteiligung an korrupten Handlungen beweist. Bisher basiert die Anklage auf der Konstruktion einer kriminellen Organisation, bestehend aus seinen Verwandten und Untergebenen. Castillo wird darin zum Leiter dieser Bande erklärt. Da erübrigt sich der Beweis von konkreten Tatbeiträgen.

Im Fall der Anklage wegen Rebellion verhält es sich ähnlich. Laut dem Juristen Antonio Maldonado Paredes hat die Anklage ein Problem. „Es ist

eine Tatsache, dass Castillo einen Putsch versucht hat. (...) Das Problem ist, dass die Art und Weise, wie dieser Straftatbestand in Peru definiert ist, hier nicht greift.“ Er schlägt vor, dass man die Anklage auf Wechsel des demokratischen Regimes ändert. Doch nennt er dafür keine gesetzliche Grundlage. „Das ist eine Interpretation, die die Erwartung der peruanischen Gesellschaft erfüllt, die nicht erwartet, dass man sagt, dass Castillo zu Unrecht inhaftiert ist.“<sup>21</sup> Nun ja, das klingt mehr nach Rache als nach einer unabhängigen, nur der Wahrheit und den Gesetzen verpflichteten Justiz.

Juristisch hat man gegen ihn wohl nicht viel in der Hand, politisch sieht das anders aus. Da hat er sich ganz klar an einem Staatsstreich versucht. Deshalb haben auch viele Linke seine Absetzung unterstützt. Beispielhaft ist die während des Tages verbreitete Stellungnahme von Patria Roja: „Pedro Castillo hat in einer unverantwortlichen provokativen Maßnahme, isoliert von den Sektoren des Volkes, rechtswidrig und opportunistisch die Schließung des Kongresses erklärt. Das Parlament hat damit begonnen, ihn abzusetzen und es liegt an der Vizepräsidentin, Dina Boluarte, das Amt zu übernehmen.“<sup>22</sup>

Nach drei Tagen werden erste Differenzen zum neuen Staatsoberhaupt deutlich: „Der Waffenstillstand und die nationale Einheit, die Präsidentin Dina Boluarte in ihrer Botschaft zur Amtseinführung anbot, können eine vorübergehende Neuordnung der Kräfte zugunsten der neoliberalen Rechten ermöglichen, aber sie garantieren keine wesentlichen Veränderungen.“<sup>23</sup> Doch nach einer Woche hat sich die Position gedreht: „Schluss mit der Repression und nieder mit dem Ausnahmezustand! Beachtet die Forderung aus der Bevölkerung nach unverzüglichen Wahlen und einem Verfassungsreferendum.“<sup>24</sup> Diese Erklärung schließt mit „Keine weiteren Tote!“

Die letzte Erklärung ist eine Reaktion auf die abrupte Veränderung der politischen Situation. Mit der neuen Präsidentin regiert jetzt die Rechte das Land. Doch zu diesem Zeitpunkt hatten die Massaker in Ayacucho und Juliaca noch gar nicht stattgefunden. Die Protestbewegung gegen den Verrat Boluartes, auf die der Staat mit einer unglaublichen Repression antwortete, wird Thema des nächsten Teils.

Emil Berger

18. „Lo del 7 de diciembre fue una proclama“, Interview mit Wálter Ayala Gonzales, Hildebrandt en sus trece, Nr. 625 vom 03.03.2023

19. [https://es.wikipedia.org/wiki/Tercer\\_proceso\\_de\\_vacancia\\_presidencial\\_contra\\_Pedro\\_Castillo#Parlamentarios\\_que\\_votaron\\_en\\_contra\\_o\\_en\\_abstenci%C3%B3n\\_a\\_la\\_vacancia](https://es.wikipedia.org/wiki/Tercer_proceso_de_vacancia_presidencial_contra_Pedro_Castillo#Parlamentarios_que_votaron_en_contra_o_en_abstenci%C3%B3n_a_la_vacancia)

20. <https://www.youtube.com/watch?v=4R-0YsGBCWU> und [https://www.youtube.com/watch?v=FFxYjhm1\\_so](https://www.youtube.com/watch?v=FFxYjhm1_so)

21. El futuro judicial de Castillo, Hildebrandt en sus trece, Nr. 630 vom 07.04.2023

22. <https://patriaraja.pe/pronunciamiento/nuevas-elecciones-con-referendum-constitucional/>

23. <https://patriaraja.pe/pronunciamiento/elecciones-adelantadas-y-nueva-constitucional/>

24. <https://patriaraja.pe/pronunciamiento/basta-de-represion-y-abajo-el-estado-de-emergencia/>

## Zur Wahl des Verfassungsrates in Chile oder Die Geschichte wiederholt sich doch

Mit einer gewissen Regelmäßigkeit wird die Frage diskutiert, ob sich Geschichte wiederholt. Karl Marx beantwortete sie positiv und meinte „das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce.“ Versteht man die Wiederholung nicht als identische Kopie, hat er Recht. Doch mit seiner Charakterisierung als Farce lag er falsch. Das Beispiel Chile zeigt die Wiederholung als Tragödie.

Zweimal konnte die dortige Linke durch glückliche Umstände eine Position besetzen, von der aus man großen Einfluss auf die Zukunft des Landes nehmen kann. Glückliche Umstände deshalb, da diese Erfolge nicht aus dem Zugewinn an Stärke resultierten. Der Grund lag jeweils in Faktoren, auf die linke Parteien keinen Einfluss haben. Doch jedes Mal wurde die Chance vergeben.

Vor 50 Jahren war das die Wahl Salvador Allendes zum Präsidenten. Das geschah mit Hilfe der Christdemokraten. Ihre Abgeordneten schlugen sich in der entscheidenden Abstimmung des Kongresses auf seine Seite. Das war nicht zu erwarten. Sie hatten ihre Partei ja gerade dafür gegründet, um Materialismus, Marxismus und Sozialismus effektiver zu bekämpfen, als es die alte Konservative Partei tat. Was hatte sie bewogen, für Allende die Hand zu heben? Für eine Person, deren Denken gerade vom Materialismus, Marxismus und Sozialismus bestimmt war? Das hat die Christdemokratie bis heute nicht dargelegt, abgesehen von Floskeln wie der parlamentarischen Tradition und ihrer Großzügigkeit.

Damals hätte die chilenische Linke ein politisches Programm realisieren müssen, mit dem man die Anhänger der Christdemokraten hätte einbinden können. Allende hat das versucht, aber mindestens die Hälfte seiner Basis wollte davon nichts wissen.

Heute, nach der sozialen Explosion vom Oktober 2019, dominierten die Kräfte der Mitte und der Linken die Verfassungsgebende Versammlung (VV). Diesmal war der glückli-

che Umstand der Pandemie geschuldet. Ungefähr die Hälfte der rechten Basis hatte sich der Wahl verweigert. Damit wollte sie die Regierung Piñera wegen ihrer Coronapolitik abstrafen. Nun hätte die VV einen Verfassungsentwurf vorlegen müssen, der von einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung für gut befunden wird. Das ist nicht geschehen.

So wurde ihr Vorschlag bei der abschließenden Volksabstimmung – für diesen Urnengang hatte man eine Wahlpflicht beschlossen – von fast 62 % der Teilnehmer abgelehnt. In vergangenen Ausgaben der *Arbeiterstimme* wurde beschrieben, wie die Rechte ihre Hegemonie wieder herstellen konnte. Ihre zentrale Parole gegen den Entwurf lautete „Ablehnen, um ihn zu verbessern“. Damit hatte sie sich auf eine Fortsetzung des Verfassungsprozesses festgelegt. Sie standen damit auch gegenüber einem Teil ihrer Anhängerschaft im Wort.

Nach einer Erhebung des Meinungsforschungsinstituts CADEM<sup>1</sup> verlangt weiterhin eine deutliche Mehrheit eine neue Verfassung. Ihr Anteil ist etwa so groß wie derjenige, der den ersten Entwurf abgelehnt hatte. Darunter befindet sich auch ein nicht geringer Teil der rechten Basis. Das können die traditionellen Rechtsparteien nicht einfach ignorieren.

Durch die wieder erworbene Hegemonie brauchen sie gegenwärtig auch keine Angst vor Wahlen zu haben. Das wird so lange anhalten, wie ein scheinbar linker Präsident das Land regiert. Gabriel Boric ist nach deutschen Maßstäben ein Grüner. Da zu seiner Koalition auch die KP gehört, kann man ihn bei Bedarf zur kommunistischen Gefahr stilisieren.

Zusätzlich bugsiierte man schon im Vorfeld, mit den Rahmenbedingungen der Abstimmung, das Ergebnis in die gewünschte Richtung. In diesem Fall dadurch, dass das Wahl-

verfahren für den Senat zugrunde gelegt wurde – dadurch haben die Stimmen in den Ballungszentren deutlich weniger Gewicht als die in den Agrargebieten – und durch die Wahlpflicht. Die Teilnahme einer großen Zahl von Wählern, die sich nur unter Androhung einer Strafe zum Wahllokal bewegen, war ein wichtiger Faktor für den Sieg der Rechten bei der letzten Volksabstimmung. Ohne Wahlpflicht liegt die Wahlbeteiligung bei ca. 50%, mit bei ca. 85%.

Deshalb konnte sich die Rechte auch auf den Fortgang des Verfassungsprozesses einlassen. Er gehört auch zu den Zielen von Apruebo Dignidad, dem Bündnis hinter Boric. Daher konnte sich die Regierung nach der Niederlage im Plebiszit entsprechenden Vorschlägen der Opposition nicht verweigern. Man einigte sich auf einen zweiten Versuch.

Dieser beinhaltet einen Verbund aus drei Gremien, die zusammen einen Entwurf erarbeiten sollen. Dazu gehört der Consejo Constitucional (Verfassungsrat), der aus 51 vom Volk gewählten Vertretern besteht, darunter ein reservierter Sitz für die Ureinwohner. Ihm steht ein beratendes Expertengremium zur Seite. Es setzt sich aus 24 Personen zusammen, die von Parlament und Senat bestimmt werden. Damit spiegeln sich in ihm die Kräfteverhältnisse der letzten Parlamentswahlen, bei denen die Rechte auf fast 50% der Sitze gekommen war. Dieses Gremium hat unter anderem die Aufgabe, dem Verfassungsrat einen Entwurf zu schreiben.<sup>2</sup>

Für den Fall von Differenzen zwischen Expertengremium und Verfassungsrat existiert als Schlichter ein Technisches Komitee zur Anwendbarkeit. Es besteht aus zwölf vom Senat ausgesuchten Juristen. Sie sollen darüber wachen, dass die im Gesetz niedergelegten inhaltlichen

1. <https://de.scribd.com/document/628130464/Track-PP-476-Febrero-S4-VF#>

2. <https://www.latercera.com/politica/noticia/humo-blanco-tras-3-meses-de-negociaciones-partidos-cierran-pacto-para-nuevo-proceso-constituyente-con-organo-de-50-escaños-y-24-expertos/SKSAJAWEXVDC7NZKXKKL6LYJ4Y/>

Grenzen der Reformen nicht überschritten werden.

Trotz dieser Zwangsjacken bekämpften die Rechtspopulisten des Partido de la Gente (Partei der Leute, PDG) und die Rechtsradikalen des Partido Republicano (PLR) den Fortgang des Prozesses. Sie wollen die bestehende Verfassung erhalten. Der Gründer der PLR, José Kast, attackierte die traditionellen Rechtsparteien wegen ihrer Zustimmung zu einem neuen Anlauf. Dabei berief er sich auf Jaime Guzmán, den Autor der aus Zeiten der Diktatur stammenden Verfassung und Gründer der UDI. „Ich glaube, dass (er) die Vereinbarung nicht unterzeichnet hätte.“ Und weiter: „Chile Vamos hat das Subsidiaritätsprinzip verworfen, um zu einem sozialen Rechtsstaat zu kommen.“<sup>3</sup> Chile Vamos ist das Bündnis der Rechtsparteien, die zumeist während der Militärdiktatur zu ihrer Unterstützung gegründet wurden. Sie stehen dem Verfassungsprozess mit gemischten Gefühlen gegenüber. Möglicherweise findet dort aber gerade eine Scheidung statt. Die harten Pinochetisten verabschieden sich in Richtung PLR.

## Die Aufstellung der Akteure

Für die Wahl des Verfassungsrates fanden schwierige Bündnisverhandlungen statt. Das betraf vor allem die Parteien der traditionellen Mitte. Eigentlich hätte es Sinn gemacht, dass alle Parteien, die sich in der Stichwahl für Boric aussprachen, eine Liste bilden. Also eine gemeinsame Kandidatur von Christdemokraten bis zur KP. Das ist natürlich nicht passiert. Doch es gab einen interessanten Unterschied zu den bestehenden Allianzen.

Im Bündnis Socialismo Democrático (Demokratischer Sozialismus, SD) arbeiten die Sozialisten mit dem Partido por la Democracia (Partei für die Demokratie, PPD), der Radikalen Partei (PR) und der Liberalen Partei (PL) zusammen. Sie sind Teil der Regierungskoalition, weshalb die Christdemokraten fehlen. Letztere

verstehen sich als Opposition, die von Fall zu Fall Vorschläge der Regierung unterstützt.

Bei getrennten Kandidaturen hätte es nahe gelegen, dass Socialismo Democrático eine eigene Liste präsentiert. Doch die Parteien dieses Zusammenschlusses gingen unterschiedliche Wege. Die Sozialisten und Liberalen haben sich dem Block aus Frente Amplio und Kommunisten angeschlossen. Sie traten unter dem Namen Unidad para Chile (Einheit für Chile) an. Damit arbeiten die Parteifreunde der deutschen FDP weiterhin mit Kommunisten zusammen. Für Christdemokraten ist das ein Tabu. Daran haben sie sich fast immer gehalten. Daraus resultieren nicht wenige der Probleme, die das Land plagen. Dieses Dogma gehört auch mit zu den Gründen für den Militärputsch vor 50 Jahren. Heute hat ihre separate Kandidatur dazu beigetragen, den Erfolg der Rechten und Rechtsradikalen zu vertiefen.

Die verbleibenden Parteien von Socialismo Democrático, PPD und PR, taten sich mit der Christdemokratie zur Liste Todo por Chile (Alles für Chile) zusammen. Das bescherte der PPD offen ausgetragene interne Auseinandersetzungen. Schließlich kann man schlecht mit einem Bein in der Regierung und mit dem anderen in der Opposition stehen. Mit Carolina Tohá stellen sie gerade die Innenministerin.

Chile Vamos änderte wieder einmal den Namen und nannte sich jetzt Chile Seguro (Sicheres Chile). Sowohl PDG als auch PLR gingen mit eigenen Listen an den Start.

Ein wichtiger Akteur fehlt noch. Das ist die Richtung, die bei der Wahl der VV für die Lista del Pueblo (Liste des Volkes, LDP) und andere unabhängige Kandidaturen gestimmt hat. Sie misstraut jeder größeren Organisation, da in ihr naturgemäß der Apparat ein eigenes Gewicht erlangt. Sie ist in der Lage, Listen für einen Wahlkreis zu bilden, aber Ansätze für eine landesweite Partei scheitern.

So geschehen im Vorfeld der letzten Parlamentswahlen.

Diese Kräfte hatten sich Mitte März unter der Überschrift „Nieder mit der falschen und undemokratischen Verfassungsvereinbarung – Am 7. Mai rufen wir zu einer ungültigen Stimmabgabe auf – Für die Wiederaufnahme des Kampfes für die Forderungen der Bevölkerung und der Arbeiter“<sup>4</sup> zu Wort gemeldet. Dieser Aufruf wurde von der Liste des Volkes, zahlreichen sozialen und linksradikalen Organisationen und über 260 Einzelpersonen unterzeichnet. Darunter befanden sich Menschenrechtsaktivisten, Aktive in Basisgewerkschaften außerhalb des Dachverbandes CUT und bekannte Hochschullehrer. Sie wollten damit „Nein zum Verfassungsbetrug“ sagen und einer möglichen neuen Magna Charta schon im Vorfeld die Legitimität entziehen.

In einem Interview mit dem Onlinemedium *El Desconcierto* blies der Historiker Gabriel Salazar in das gleiche Horn.<sup>5</sup> Zu Zeit der Regierung Allende war er Mitglied des MIR, der Bewegung der revolutionären Linken. Diese Organisation wollte, wie auch viele Sozialisten damals, zu einer Revolution a la Cuba übergehen. Damit haben sie der Rechten bei der Vorbereitung des Putsches zugearbeitet. Heute antwortet er auf die Frage, warum er ablehne, dass viele kritische Menschen Kandidaten der KP, der PS oder der PPD wählen wollen: „Weil sie Mitglieder von Parteien sind und darauf warten, dass man sie mit einer Kandidatur betraut oder mit einem Posten in der Staatsbürokratie.“ Am Schluss konstatiert er für Chile das Fehlen der Volkssouveränität und schließt daraus: „Damit müssen wir das ganze System eliminieren.“

Vor vier Jahren, nach der sozialen Explosion, machte er noch vernünftige Vorschläge. „Deshalb sollte die Bürgerbewegung (...) sich nicht nur um den verfassungsgebenden Prozess sorgen, sondern auch eine Politik in Richtung der Militärs entwickeln. Es reicht nicht, zu sagen ‚Militär Mörder‘. Sie töteten während des Putsches Pinochet, OK, da sind wir gleicher Meinung. Aber heute töten sie nicht.“<sup>6</sup>

Nun ja, eine „Politik in Richtung der Militärs entwickeln“ bedeutet, von der Zerschlagung des Staates Abstand zu nehmen. Mit seiner Forderung „das ganze System zu eliminieren“ ist

3. <https://www.eldesconcierto.cl/nacional/2022/12/15/kast-critica-a-macaya-por-acuerdo-constitucional-jaime-guzman-no-habria-firmado.html>

4. <https://www.laizquierdadiario.cl/Academicos-Carlos-Perez-Sergio-Grez-Rodrigo-Karmy-decenas-de-intelectuales-referentes>

5. <https://www.eldesconcierto.cl/reportajes/2023/05/03/gabriel-salazar-no-queda-otra-opcion-que-anular-para-eliminar-este-diabolismo-politico.html>

6. <https://www.eldesconcierto.cl/2020/02/05/gabriel-salazar-lo-logico-es-que-hoy-ciudadanos-y-militares-deliberemos-juntos/>

er mental in die Zeit der Regierung Allende zurückgekehrt. Wie das endete, sollte gerade er als ehemaliger politischer Gefangener wissen. Will er diese Erfahrung wiederholen?

Der Unwille, sich weiter am Verfassungsprozess zu beteiligen, reichte bis in den Einflussbereich der KP. So rief der bekannte Kommunist Hugo Gutiérrez, ehemaliger Abgeordneter und Mitglied der VV, dazu auf, nicht zur Wahl zu gehen. Doch sah das dort nur eine Minderheit so.<sup>7</sup>

Es war sicher nicht einfach, die linke Basis für den Wahlkampf zu mobilisieren. Die Niederlage in der Volksabstimmung hat diesen Teil der Gesellschaft in tiefe Depressionen gestürzt. Der junge argentinische Journalist Juan Elman beschreibt den Zustand in einem Interview mit *El Desconcierto* so:

*„Ich glaube, dass die schwerste Niederlage, die Chile erlitten hat, seelischer Natur ist. Es gibt auch eine politische Niederlage, aber was ich sehe, was mich am meisten quält und beunruhigt, ist die Frage nach dem Lebensmut, der Illusion, der Hoffnung, diese Vorstellung, dass die Zukunft besser sein wird, dass das Land etwas erlebt hat, das für viele undenkbar war, wo sich Diskussionen entzündeten, die bisher abgesagt waren oder unmöglich schienen.“*

*Aber jetzt muss ich Menschen sehen, die sich vor einem Jahr noch Hoffnungen machten und glaubten, dass die Zukunft wünschenswert sein wird oder dass es sich zumindest lohne, dort zu sein, um sie aufzubauen. Jetzt denken sie, dass nach dem 4. September alles auf den Müllhaufen gewandert ist, dass das, was kommt, noch schlimmer sein wird... das war die deutlichste Niederlage.“*

*Den Zustand der Apathie zu sehen, wie sich die Leute aus dem öffentlichen Leben und aus den Gesprächen zurückgezogen haben. Ich würde wirklich gerne wissen, wie lange diese Demobilisierung in Chile andauern wird.“<sup>8</sup>*

## Die Resultate

Das Wahlergebnis ist ein Desaster. Stärkste Partei wurde die rechtsradikale PLR mit 35,4 % und 23 Mandaten, gefolgt vom Regierungsbündnis Unidad para Chile mit 28,6 % und 16 Sitzen. Das Bündnis der traditionellen Mitte, Todo por Chile, hat nur knapp 8 % erreicht. Wegen des Wahlverfahrens brachte ihm das keine Man-

date ein. So ist es auch den rechten Populisten der PDG ergangen. Im Vergleich mit der letzten Parlamentswahl haben sie etwa 4.000 Stimmen zugelegt, aber aufgrund der höheren Wahlbeteiligung reichte es jetzt nur zu 5,5 Prozent.

Die traditionelle Rechte, Chile Seguro, kam auf 21,1 % und 11 Mandate. Hier ist die UDI mit 8,9 % und 6 Consejeros die stärkste Kraft. Mit diesem Ergebnis können die Rechtsradikalen zusammen mit der UDI, ihre Leute galten viele Jahre als die Fachos, die neue Verfassung schreiben. Das progressive Lager hat nicht einmal die Kraft zum Veto. Dafür wären 21 Mandate notwendig. Zählt man den Vertreter der Ureinwohner dazu, er war vor Jahren Mitglied der Kommunistischen Jugend, haben sie im Consejo Constitucional gerade einmal 17 Sitze.

Ungewöhnlich war die hohe Zahl an ungültigen Stimmen. Normalerweise liegen sie bei ca. 5 %. Dazu kommen noch weitere 5 % weißer Stimmen, das sind nicht ausgefüllte Stimmzettel, die werden in Chile separat ausgewiesen. Jetzt lag die Zahl der ungültigen Stimmen bei fast 17 % und die der weißen bei 4,6 Prozent.

In Chile betreibt man nun Kaffeersatzleserei, was von diesen mehr als 20 % ungültiger oder weißer Wähler zu halten ist. Zu welchem politischen Lager gehören sie? Guillermo Teillier, Präsident der KP, bestreitet, dass es sich um Linke handelt, denn dann „hätten sie mit der Linken gestimmt“<sup>9</sup>. Doch so einfach ist das nicht.

[...]

Die Zahlen zeigen, dass mehr als jeder 10. Wahlberechtigte aus einem irgendwie linken Grund der Abstimmung ferngeblieben ist. Das hat progressive Positionen im Verfassungsrat massiv geschwächt. Das Wahlverhalten dieser Menschen war de facto eine bedingungslose Kapitulation vor dem Gegner.

[...]

Das ganze ist natürlich nur eine Daumenschätzung. Es vermittelt aber einen Eindruck, was sich an der gesellschaftlichen Basis tatsächlich abgespielt hat. Eine Rechtsentwicklung gab es da nicht. Durch das unglaubliche Verhalten der Anhänger der Liste des Volkes gibt es die aber auf der politischen Ebene. Es ist nicht erkennbar, was sie sich davon versprechen.

Organisationen wie die trotzkistische PRT, die unter dem oben genannten Nicht-Wahlauf Ruf standen, setzten auf ewige Wahrheiten wie „Kämpfen für ein Programm des arbeitenden Volkes und die rechte Demagogie enthüllen“<sup>11</sup> und „Der sozialistische Ausweg“. So als ob sie das nicht schon seit Jahrzehnten propagierten.

## Die Folgen für das Land

Mit diesem Sieg der Rechten befindet sich Chile hinsichtlich des Verfassungsprozesses in einer ähnlichen Situation wie nach dem Militärputsch vor 50 Jahren. Dieses Lager kann jetzt eine Verfassung schreiben, ohne auf andere Rücksicht nehmen zu müssen. Der Grund ist der gleiche. Das Handeln eines Teils der Linken auf Basis von aus dem Bauch kommenden Gefühlen, ohne dabei auch nur im geringsten die Realität zur Kenntnis zu nehmen. Das stand damals unter dem Motto „Avanzar sin tranzar“ (vorranschieben, ohne zu verhandeln). Diese Einstellung verhinderte sogar die Umsetzung einer Volksabstimmung, mit der Allende den Militärputsch abwenden wollte.

Sicher, die absehbare Niederlage im damaligen Plebiszit hätte seinen Rücktritt bedeutet. Die Aufgabe einmal erreichter Positionen wurde nicht einmal von seiner eigenen Partei geteilt. Nur drei der sieben Organisationen, die sich in der Unidad Popular (UP) zusammengefunden hatten, stellten sich hinter ihn, darunter die KP. Damals war offensichtlich, dass die Regierung Allende vor

7. <https://www.latercera.com/la-tercera-sabado/noticia/karen-araya-pc-candidata-a-consejera-nunca-nos-vamos-a-restar-de-una-discusion-aunque-seamos-minoria/U2NQCKKYEFBEDBF3TXUP3FCXM/>

8. <https://www.eldesconcierto.cl/reportajes/2023/01/28/juan-elman-periodista-argentino-la-derrota-mas-fuerte-que-sufrio-chile-es-animica.html>

9. <https://elsiglo.cl/hay-un-riesgo-para-el-futuro-democratico-del-pais-guillermo-teillier/>

10. <https://historico.servel.cl/servel/app/index.php?r=EleccionesGenerico/Default/ListaPacto&id=223>

11. <https://www.laizquierdadiario.com/Chile-Para-enfrentar-a-la-derecha-se-necesita-una-izquierda-consecuente-e-independiente-del>

dem Aus stand, so oder so. Als Folge des faktischen Auseinanderbrechens der UP<sup>12</sup> und der daraus folgenden Handlungsunfähigkeit der Regierung wurde seine Amtszeit dann durch den Militärputsch beendet.

Das bedeutete für den linken Teil der Gesellschaft hohe menschliche Kosten. Gut, nicht so hohe wie etwas später in Argentinien für die dortigen Genossen, aber ca. 3.000<sup>13</sup> Tote, ungezählte Gefolterte und Exilierte bedeuteten trotzdem erhebliches Leid, von der Einführung des Neoliberalismus gar nicht zu reden. Das hätte man durch von Vernunft geleitetes Handeln verhindern können.

Die heutige Wiederholung der Geschichte bedeutet zum Glück keine Toten und Gefolterten. Bleibt diese Richtung aber bei ihrer Linie der Wahlenthaltung, bzw. im chilenischen Kontext des ungültigen Wählens, geben die aktuellen Vorgänge einen Vorgeschmack auf Kommen des. In Zukunft wird bei jedem Urnengang die Wahlpflicht gelten.

## Die Verschiebungen im chilenischen Parteiensystem

Als Ergebnis dieser Abstimmung wird es zu massiven Veränderungen in der Parteienlandschaft kommen. Nur die Republikaner liegen über 10 % und die meisten haben nicht einmal die 5 %-Hürde übersprungen. Der Expertenrat schlägt sie für die Zukunft vor.<sup>14</sup>

Fusionen, nicht ein sie erzwingendes Gesetz, sind zu begrüßen. Für einen Außenstehenden ist es nicht möglich, die inhaltlichen Unterschiede zwischen den Parteien der Frente Amplio (Breite Front) zu nennen. Manche träumen in diesem Zusammenhang sogar von einer noch größeren linken Partei. Daran sollten sich auch die Sozialisten beteiligen. Und von den Kommunisten will man auch einen nicht unerheblichen Teil

abwerben. Doch so eine Superpartei widerspricht allen chilenischen Traditionen. Es ist schwer vorstellbar, dass die Sozialisten ihre fast hundertjährige Tradition aufgeben. Sie stehen auch nicht unter Druck. Mit ihren 6 % liegen sie auf der sicheren Seite.

Rechts außen haben sich die Republikaner etabliert. Dieses Lager kann sich auf ein großes Wählerpotenzial stützen. Nach der oben aufgeführten Umfrage von CADEM halten 26 % der Chilenen die Militärregierung unter Pinochet für gut oder sehr gut. Weitere 20% bezeichnen sie als durchschnittlich. Nur 42 % geben ihr schlechte Noten.

In der Mitte diskutiert man eine Fusion zwischen Christdemokraten, Radikalen und PPD. Vielleicht noch ergänzt um die Liberalen, die auf 1,2 % gekommen sind. Doch in diesem Fall ist ein Zusammengehen von klerikalen und freisinnigen Traditionen schwer vorstellbar. Was das für die Zukunft der Christdemokraten (3,8 %) bedeutet, ist völlig offen.

Im rechten Lager muss sich nur Evopoli sorgen. Diese Partei wurde vor ca. zehn Jahren von unzufriedenen Mitgliedern aus UDI und RN gegründet. Nachdem sich durch den Auszug der Pinochetisten die dortigen Verhältnisse geändert haben dürften, finden sie möglicherweise dorthin zurück. Auch stellt sich die Frage, ob durch das Entstehen des PLR die traditionellen Rechtsparteien gerade in die Mitte wandern.

## Das kommunistische Ergebnis

Stärkste Kraft der Regierungsliste wurde mit 791.533 Stimmen (8 %) die KP. Das entspricht 5,2 % der Wahlberechtigten. Damit ist sie gegenwärtig die drittstärkste Partei des Landes, nach PLR und UDI. Doch brachte ihr dieser Erfolg nur zwei Sitze ein. Die Sozialisten erfreuen sich dagegen an 6 Mandaten.

Das gute Abschneiden der Partei ist wohl eine Folge der Wahlpflicht. Das letzte Mal, dass ein Kommunist nach dem Ende der Diktatur Stimmen in dieser Größenordnung erhielt, war bei den Vorwahlen von Apruebo Dignidad. Bei der folgenden Parlamentswahl kamen die kommunistischen Bewerber zusammengenommen nur auf 465.709 Stimmen. Offenbar gibt es in ihrer Anhängerschaft ein Segment, das nur geringes politisches Bewusstsein besitzt. Es geht zur Abstimmung, wenn ein aus dem Fernsehen bekannter „Star“ zur Wahl steht. Unbekannte lokale Kandidaten lassen sie kalt. Werden sie aber per Gesetz zum Wahllokal geprügelt, die Strafe kann bis zu 40 % des monatlichen Mindestlohnes erreichen, machen sie ihr Kreuz eben beim kommunistischen Bewerber.

In einem Interview hat sich Daniel Jadue, Bürgermeister eines kommunistisch regierten Stadtteils von Groß-Santiago, zum Verfassungsprozess geäußert. *„Es sind die Rechte und die extreme Rechte, die die volle Verantwortung dafür tragen, dass dieser neue Verfassungsvorschlag tatsächlich Antworten auf den Schmerz, die Bedürfnisse, die Ängste und die Erwartungen unseres Volkes gibt. Wenn nicht, wird er scheitern und wir müssen in ganz Chile friedlich aufstehen und eine neue Verfassung fordern, und zwar dieses Mal effektiv durch eine Verfassungsgebende Versammlung.“*<sup>15</sup> Das wird von einigen als Aufruf zur Ablehnung bei der abschließenden Volksabstimmung verstanden. Dazu legt Lautaro Carmona, Generalsekretär der Partei, Wert auf die Feststellung, dass es von Seiten der KP keinen Aufruf gibt, im Dezember für Rechazo zu votieren.<sup>16</sup> Er hält solche Losungen für eine Falle der Rechten. Und Alexis Cortés, einer ihrer beiden Verfassungsräte, erklärte gegenüber *El Mercurio*: *„Es scheint mir angebracht, das endgültige Ergebnis (...) abzuwarten und den Text in seiner Gesamtheit zu betrachten.“*<sup>17</sup>

Emil Berger

Aus Platzgründen haben wir diesen Artikel leicht kürzen müssen (gekennzeichnet mit [...]), unter [arbeiterstimme.org](http://arbeiterstimme.org) kann der ganze Text gelesen werden.

12. Corvalán López, L.: *El gobierno de Salvador Allende*, Santiago 2003

13. Comisión Chilena de Derechos Humanos, *Nunca más en Chile. Síntesis corregida y actualizada del Informe Rettig*, Santiago 1999

14. <https://www.eldesconcierto.cl/nacional/2023/05/23/el-umbral-de-la-discordia-partidos-bnbuscan-apoyo-del-gobierno-para-no-desaparecer.html>

15. <https://www.latercera.com/la-tercera-pm/noticia/estamos-en-una-involucion-total-daniel-jadue-arremete-otra-vez-y-dice-que-anteproyecto-constitucional-parece-un-trabajo-de-4-medio/2SAPVQT3U5CBLKICTOZJBUMURA/>

16. <https://elsiglo.cl/desde-el-pc-no-hubo-llamado-a-rechazar-en-diciembre-lautaro-carmona/>

17. <https://www.emol.com/noticias/Nacional/2023/05/25/1096098/comisionado-cortes-pordichosjadue.html>

# Die Türkei nach den Wahlen

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 14. Mai und 28. Mai haben der Opposition eine Niederlage beschert. Dabei sahen die Umfragen den Kandidaten der Opposition, Kılıçdaroğlu, weit vorne, teilweise um bis zu zehn Prozent. Die kurdische Bewegung und die sozialistischen, kommunistischen Parteien riefen zur Wahl des Kandidaten der Opposition auf und es sah alles danach aus, dass der amtierende Präsident Erdoğan abgewählt wird. Doch Erdoğan bleibt Präsident, er wurde mit 52 Prozent der abgegebenen Stimmen im zweiten Wahlgang gewählt.

Umso heftiger ist die Katerstimmung bei der Opposition.

Dabei ist die Lage noch katastrophaler als die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl auf den ersten Blick vermuten lassen: von den 600 Sitzen des türkischen Parlaments haben die neoliberalen, islamistischen, faschistischen und konservativen Parteien über 400 Sitze erobert.

Ein Verdienst für dieses Ergebnis gebührt auch der kemalistischen CHP (Republikanische Volkspartei), die ihre Wahlliste für konservative, neoliberale und islamistische Parteien aufmachte. Von den gewonnenen 169 Mandaten der CHP gehen 40 an diese Parteien. İYİP, eine Abspaltung der faschistischen MHP kandidierte mit einer eigenen Liste, unterstützte aber den Kandidaten der CHP Kılıçdaroğlu für das Präsidentschaftsamt und bekam 43 Sitze in dem neuen Parlament.

Von der kurdischen HDP und einigen sozialistischen Parteien war das „Bündnis für Arbeit und Freiheit“ gegründet worden, das sich nach eigenen Aussagen nicht auf die Wahlen beschränkt. Da im Vorfeld der Wahlen das Verbot der HDP drohte, beschloss man auf der Wahlliste der YSP (Grün Links Partei) zu kandidieren. Eine der Bündnispartnerinnen, TIP – Arbeiter\*innenpartei der Türkei scherte aus und trat mit ei-

ner eigenen Wahlliste an und so konnte nicht ausbleiben, dass die Bündnispartner\*innen sich in einigen Metropolen gegenseitig Stimmen abwarben. Die Ergebnisse waren auch hier ernüchternd, die YSP bekam 61, die TIP 4 Sitze. Mit einer gemeinsamen Liste wären hier bessere Ergebnisse drin gewesen.

Das Wahlbündnis „Volksallianz“, bestehend aus der Regierungspartei AKP, der faschistischen MHP und der ebenso faschistischen BBP, der islamistisch-kurdischen HÜDA-PAR und der islamistischen YRP bekam 323 Sitze. Davon gingen 50 Sitze an die MHP, die mit einer eigenen Wahlliste antrat, an die AKP, auf deren Liste die anderen reaktionären Parteien kandidierten, gingen 268 Sitze.

Damit bekam die Linke, wenn man denn die CHP dem linken Lager zuschlagen möchte, zusammen nur 194 Mandate.

Grobe Verstöße bei den Wahlen kamen diesmal wohl nicht vor. Aber was heißt das schon in einem Land, in dem die staatliche Rundfunk- und Fernsehanstalt TRT im Wahlkampf dem Präsidenten Erdoğan knapp 48 Stunden Sendezeit einräumte, aber dem Kandidaten der Opposition Kılıçdaroğlu nur 32 Minuten? Selbstverständlich verstößt das gegen die Gesetze, aber wenn es kein Gericht gibt, das solche Verstöße ahndet, werden sie nur immer dreister. Bei den Privatsendern sah es nicht besser aus. Dass die Parteien des Bündnisses für Arbeit und Freiheit überhaupt keine Sendezeit bekamen, versteht sich bei diesen Verhältnissen von selbst.

Der regierende Machtblock setzte von Anfang an auf Nationalismus, das traditionelle Frauenbild, auf Diskriminierung von Minderheiten und warnte die Bevölkerung vor der vermeintlichen Islamfeindlichkeit der Opposition. Die Regierung stellte die ganze Wahlpropaganda auf die Erfolge der „neuen Türkei“ ab. Das waren im Wesentlichen die großen Bauprojekte wie

Brücken und Tunnels unter und über die Dardanellen, den Bosphorus usw., ihre „Verdienste“ in der nationalen Rüstungsindustrie, das erste „rein türkische“ Elektroauto und ähnliches. Die Propaganda der herrschenden Islamisten und Faschisten bezeichnete das Bündnis für Arbeit und Freiheit als Terroristen, die bürgerliche Opposition als Terrorhelfer.

Aber ausschlaggebend für den Wahlsieg war die Tatsache, dass die Politik der AKP vor den Wahlen darauf setzte, um jeden Preis die Wirtschaft am Laufen zu halten, auch wenn dies eine Verarmung der Bevölkerung bedeutete. Mit der Senkung der Zinssätze bzw. der Weigerung sie zu erhöhen, überschüttete Erdoğan Investoren aller Couleur mit billigen Krediten. Vor der Wahl betrug der Leitzins 8,5 Prozent. Und das bei einer offiziellen Inflation von über 40 Prozent! Die Lohnkosten sanken mit dem Anstieg des Wechselkurses und dies brachte das Ausbleiben von Massenentlassungen mit sich. Auch wenn die Mindestlöhne im Sechs-Monats-Rhythmus angehoben werden, sinkt der Reallohn seit Jahren. Aber mit den billigen Krediten konnten sich auch die Arbeitenden verschulden und konsumieren. Mit anderen Worten: Weil sich die Räder weiter drehten, kam es nicht zu einer klassischen Krise.

Darüber hinaus hat das gigantische Almosennetzwerk, das durch Ministerien, Kommunen, islamische Stiftungen, Sekten und Gemeinden aufgebaut wurde, ein Reservoir für Millionen von Wähler\*innen geschaffen, die von der Regierung abhängig sind. Deshalb haben Arbeiter\*innen die nicht mehr als den Mindestlohn bekommen, diejenigen, die im Dienstleistungs- und informellen Sektor arbeiten, die städtischen Armen, die prekär Beschäftigten und die Beschäftigten des Leiharbeitsregimes, alle diejenigen, die zum Überleben direkte Einkommensunterstützung benötigen, für Erdoğan gestimmt. Die Erhö-

hung der Mindestlöhne auf knapp 390 Euro (die durch Inflation und Wechselkurs wieder abgeschmolzen sind) und die Erhöhung der Renten trugen ebenfalls dazu bei.

Die bürgerliche Opposition hatte hier keine handfesten anderen Vorstellungen anzubieten, die über die „Rückkehr zu einer regelbasierten Wirtschaft“ hinausgehen, die vor allem durch ehemalige AKP-Wirtschaftsgrößen repräsentiert wurde. Eine Wirtschaftspolitik, die auf Zinserhöhungen, strenge Geldpolitik und einer „unabhängigen Zentralbank“, also einem Sparprogramm mit oder ohne IWF basiert, war in den Augen der Menschen keine Alternative. Auch der auf die rechten Stimmen schielende nationalistische Wahlkampf der bürgerlichen Opposition, zum Beispiel durch das Versprechen nach der Wahl Millionen von Flüchtlingen abzuschieben, war vergebens. Hier bestätigte sich wieder einmal die These, dass die Menschen im Zweifel für das Original stimmen, aber die ganze Stimmung nach rechts abdriftet.

Die sozialistische Opposition konnte ihren Vorstellungen wie dieser Teufelskreis zu durchbrechen ist, mit Selbstorganisation, Laizismus, sozialstaatlicher Wirtschaftspolitik, Gleichstellung der Geschlechter und der „Völker“ der Türkei außerhalb ihrer eigenen Kreise kaum Gehör verschaffen.

## Wie weiter?

Die neue Zentralbank-Chefin hat die Leitzinsen auf 15 Prozent angehoben, im Juli sollen auch die Mindestlöhne auf 11.402 Lira steigen (bei der Ankündigung der Erhöhung sollte der Mindestlohn umgerechnet auf 440 Euro steigen, jetzt Ende Juni ist er aufgrund der Abwertung der türkischen Lira bereits auf 400 Euro gesunken). Die offizielle Inflation liegt weiter bei über 40 Prozent, für die Lebenshaltungskosten der Arbeiterklasse weit über 80 Prozent und mehr. Das heißt, dass die Verarmung der Werktätigen weiter geht. Ob daraus neue Kämpfe entstehen ist bisher nicht abzusehen.

## Türkei: Ganz normaler journalistischer Alltag

**D**er oppositionelle Fernsehsender TELE 1 steht der sozialdemokratisch-kemalistischen CHP nahe und wurde in der Vergangenheit mehrmals mit Sendeverboten und Geldstrafen belegt, ein übliches Verfahren gegen missliebige Medien.

Ende Juni wurde der Chefredakteur von TELE 1, Merdan Yanardağ wegen „Verherrlichung von Verbrechen und Kriminellen“ und „Propaganda für eine terroristische Organisation“ festgenommen. Das zuständige Gericht erließ einen Haftbefehl, seitdem sitzt er in Untersuchungshaft.

In der Türkei sind Festnahmen von Oppositionellen Alltag, die Vorwürfe sind frei erfunden oder eigentlich nicht strafrelevant. Das kümmert aber die Herrschenden nicht – wer stört muss bestraft werden. Richter\*innen, Staatsanwält\*innen und die ganze Staatsbürokratie sind fest in ihren Händen, es gibt kaum Gerichtsurteile, die im Gegensatz zu den Wünschen der Regierung stehen. Viele politische Gefangene sitzen jahrelang ohne Anklage in Untersuchungshaft, tausende verlieren ihre Arbeit und bestimmte bürgerliche Rechte. Das soll einschüchtern. Das soll vom Kampf abhalten.

In der Regel werden mit solchen Maßnahmen sozialistische und kurdische Aktivist\*innen und Journalist\*innen belegt. Selten trifft es die bürgerliche Opposition. Wenn doch, dann weil bürgerliche Journalist\*innen z.B. die dreckigen Machenschaften der Regierenden öffentlich gemacht haben.

Ein Beispiel dafür ist der Prozess gegen die Journalisten der Tageszeitung Cumhuriyet 2015, die die als Hilfslieferung getarnten Kriegserüstungslieferungen durch den türkischen Geheimdienst MIT an den IS aufdeckten. Der damalige Chefredakteur der Zeitung, Can Dündar, lebt heute in Deutschland im Exil.

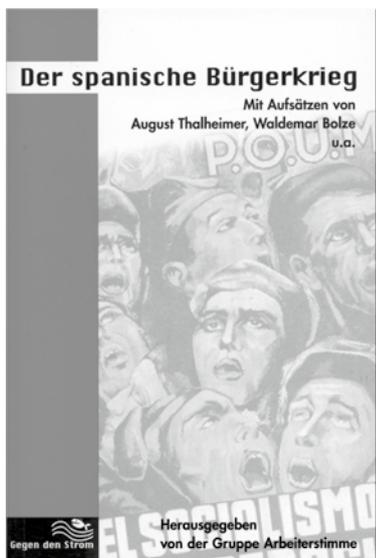
Nun wird also erneut versucht, einen renommierten bürgerlichen Journalisten mundtot zu machen und gleichzeitig seinen TV-Sender mit Strafen zu belegen. Merdan Yanardağ, hatte in einer Livesendung mit seinen Studiogästen verschiedene Themen behandelt, unter anderem die kurdische Frage und im Zusammenhang damit die Situation des ehemaligen Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan. Sein Statement, woraus die Staatsanwaltschaft „Propaganda für eine terroristische Organisation“ macht, lautete so:

*„Wenn wir İmralı (Gefängnisinsel im Marmarameer; Redaktion) betrachten, spreche ich von Abdullah Öcalan, der über 70 Jahre alt ist und der, das muss man zugeben, sehr lange im Gefängnis und in der Isolation war, seit 25 Jahren ohne Unterbrechung.“*

*Er ist der dienstälteste politische Gefangene in der Türkei. Wenn die normalen Vollzugsgesetze angewandt würden, müsste er eigentlich freigelassen werden, auf Hausarrest oder so. Die gegen Abdullah Öcalan verhängte Isolation ist rechtlich nicht haltbar. Sie muss aufgehoben werden, denn wir können ihn weder sehen noch hören noch über ihn diskutieren. Wir wissen nicht, ob er zuschaut oder nicht. Sie halten ihn als Geisel fest, aber sie verhandeln mit ihm (über die kurdische Bewegung; Redaktion). Sie sprechen Drohungen gegen ihn aus.“*

*Er darf sich nicht einmal mit seiner Familie treffen, er darf sich nicht mit seinen Anwälten treffen. Kann es einen solchen Vollstreckungsbeschluss geben? Abdullah Öcalan ist kein Mensch, den man auf die leichte Schulter nehmen sollte. Er ist im Gefängnis fast zu einem Philosophen geworden, weil er nichts anderes tut als lesen. Er ist ein äußerst intelligenter Mensch, der liest, sieht und die Politik richtig analysiert.“*

# Der spanische Bürgerkrieg



ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin,“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

**240 Seiten, Paperback, 12,- €**  
 ISBN 3-00-010296-5  
 Herausgegeben von der  
*Gruppe Arbeiterstimme*

Silke Makowski

## „Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I**  
 DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro  
 ISBN 3-9809970-4-9

## Faschismus in Deutschland



Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik  
 296 Seiten, Klebebindung. 8,00 €.

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen



## Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

65 Seiten, Broschur. 3,- €.

Bestelladresse:  
 Arbeiterstimme, Postfach 910307  
 90261 Nürnberg  
 oder: [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)

Bestelladresse:  
 Arbeiterstimme, Postfach 910307  
 90261 Nürnberg  
 oder:  
[redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)